Geschichte der Bäuerlichen Rechtsverhältnisse in der Mark Brandenburg von der Zeit der deutschen Colonisation bis zur Regierung des Königs Friedrich I. (1700).

Von

Herrn Stadtgerichtsrath L. Korn zu Berlin.

Als die großen Schaaren der deutschen Colonisten im 12. und 13. Jahrhundert über die Elbe zogen, um in dem weiten Wendenlande eine neue Heimath mit deutscher Kultur zu begründen, wurden sie daselbst unter sehr günstigen Bedingungen als Grundbesitzer angesiedelt. Die einfachste Erwägung der Thatfachen führt hierzu, denn wenn auch die Uebervölkerung im alten Sachsenlande und an den Ufern des Niederrheins damals sehr groß war, so bedurfte es doch gewiß der Sicherheit einer behaglichen Existenz und Zukunft, um den Zug der Auswanderung grade nach der Mark Brandenburg zu lenken. Es ist aber ein besonderer Unstern für die märkische Geschichte, daß uns kein älterer Vertrag erhalten ist, welcher über die Ansiedelung Deutscher in einem märkischen Dorfe aufgenommen worden ist. Wir sind in dieser Beziehung auf die historischen Dokumente der Nachbarländer angewiesen und die hierin glücklichere Provinz Schlesien bietet uns einen verhältnißmäßig reichen Schatz solcher Quellen, aus denen genau zu ersehen ist, unter welcher Bedingung dort polnische Dörfer mit deutschen Colonisten besetzt und wie die deutschen Dörfer eingerichtet worden sind. Dem bewundernswürdigen Scharfblicke und der unendlichen Sorgfalt unserer Forscher ist es aber gelungen, aus den späteren Verhältnissen der Mark, welche uns authentisch überliefert sind, den Nachweis zu führen, daß in der Mark Brandenburg dasselbe

System der Colonisation angewendet worden ist und jene Urkunden uns auch einen treuen Anhalt für unser Heimathland gewähren.¹⁾

Dazu tritt, daß in neuester Zeit noch einige Urkunden aus der nächsten Nähe der Mark Brandenburg aufgefunden worden sind, welche eine neue Unterstützung für die von der Wissenschaft gefundenen Resultate bieten. Im Jahre 1159 hat der Erzbischof Wichmann von Magdeburg das Dorf Pechau einem gewissen Heribert und das an der märkischen Grenze belegene Dorf Wustermitz an der Havel einem gewissen Heinrich nebst den ihn begleitenden Flamländern zur Colonisation ausgethan. Die Verträge hierüber sind erhalten und unter beiden findet sich die Unterschrift des Markgrafen Albrecht, des Bären, und seines Sohnes Otto als Zeugen. In demselben Jahre hat der Abt Arnold von Ballenstedt die Dörfer Nauzebele und Nimitz (jetzt Naundorf) östlich der Mulde mit flamländischen Colonisten besetzt. Albrecht der Bär war Schirmvogt des Klosters zu Ballenstedt und ist mit seiner Frau und seiner ganzen Familie als Zeuge und Bürge der uns erhaltenen Urkunde über den Abschluß dieses Geschäfts beigetreten.²⁾

Diese Urkunden geben dasselbe Verfahren an, welches in Schlessien beobachtet worden ist und sprechen auch für den Schluß, daß nach demselben gleichfalls in der Mark Brandenburg die deutsche Colonisation stattgefunden hat, da der Markgraf ihnen sonst nicht als Bürge und Zeuge beigetreten sein würde. In dem Vertrage des Abts Arnold mit den Flamländern wird sogar darauf hingewiesen, daß in dem Lande des Markgrafen Colonisten zu gleichem Rechte ange-setzt worden seien.³⁾

Aus späterer Zeit endlich ist eine Urkunde vom 26. Juni 1360 erhalten, worin die Johanniter-Ritter zu Tempelhof ihr

¹⁾ Wohlbrück: Geschichte des Bisthums Lebus (Berlin, 1829) I. 200, und Riedel: Mark Brandenburg im Jahre 1250 II. 192, ferner Stenzel: Preuß. Geschichte I. 60.

²⁾ v. Heinemann: Albrecht der Bär. 468. 469. 470.

³⁾ Quia vero respectu divinae remunerationis hec bona a marchione suorumque avorum largitate ecclesia nostra suscepit, secundum jura Flammiggorum, qui in iisdem partibus ipsius subjecti sunt dicioni, et nostris vivendum censemur. — v. Heinemann: Albrecht der Bär. S. 468.

Bornwerf Rixdorf bei Berlin in ein Dorf mit Bauern umwandeln, welche auch das alte Verfahren deutlich noch erkennen läßt, obgleich sie allerdings schon manche Abweichungen enthält.⁴⁾

Bei den Wenden, welche vor den Deutschen in der Mark lebten, bildete die Viehzucht den Hauptnahrungszweig, indem sie als Hirten die Wälder und Ebenen mit ihren Heerden ausnutzten. Sie saßen in sehr kleinen Dörfern und ihr Ackerbau beschränkte sich, da sie die Dreifelderwirtschaft wohl nicht kannten, darauf, daß ein Jeder hinter seinem Gehöfte mit dem hölzernen Hacken, statt des Pfluges, so viel Land umwarf und mit Hafer, Buchweizen oder Roggen besäete, als er zur Erhaltung seiner Familie für das nächste Jahr durchaus erforderlich hielt. Für deutsche Dörfer waren größere Feldmarken notwendig, und deshalb wurden häufig mehrere wendische Dorfmarken vereinigt, um die Hufenschläge in den drei Feldern zu bilden. Bei Nauzedele und Nimitz geschah dies, denn der Abt sagt ausdrücklich, sie seien in unum redactae. Von der so festgestellten Feldmark wurde zunächst die Gemeindegütung und der Gemeinewald abgezweigt und der Rest nach drei Feldern in Hufen getheilt. Die Hufen hatten verschiedene Größe, indem man flamländische, holländische, deutsche und slavische Hufen unterschied, doch läßt sich jetzt nicht mehr der Umfang der Einzelnen feststellen.

Von diesen Hufen wurde zunächst Eine als Dos für die Kirche ausgewiesen und sodann erhielt der Unternehmer der Colonie, der regelmäßig kein ritterbürtiger Mann war, eine größere Anzahl, meistens vier, Hufen zu Lehen mit der Verpflichtung, davon ein Lehnspferd zu stellen.⁵⁾ Für das Kaufgeld, welches der Unternehmer für die ganze Feldmark zahlte, und für die Verpflichtung, das Dorf mit Colonisten zu besetzen, erhielt er vollständige Abgabefreiheit von seinen Hufen und die erblichen Rechte des Schulzen mit dem dritten oder vierten Theile aller Gerichtsgefälle, dazu öfter nach Ort und Gelegenheit das Recht: Gärtnerwohnungen, einen Schankfrug, oder eine

⁴⁾ Niedel: Codex diplom. Supplement-Band.

⁵⁾ In Rixdorf erhielt die Kirche keinen Grund und Boden, weil das Dorf nach Tempelhof eingepfarrt blieb. Auch erhielt der Schulze nur eine Hufe frei und einen Kossäthenhof.

Mühle anzulegen, so daß Gärtner, Krüger und Müller ihre Abgaben nur an den Schulzen und nichts an den Herrn des Dorfs zu entrichten hatten. In allen märkischen Dörfern sind ursprünglich solche Lehnshulzen gewesen. ⁶⁾

Der Zweck der ganzen Colonisation ging dahin, Bewohner in das Land zu ziehen, die im Stande waren Steuern zu entrichten, da die Wenden bei ihrem Culturzustande hierzu fast gänzlich unvermögend waren. Es war daher eine Hauptpflicht des Unternehmers, die ausgewiesene Feldmark mit Bauern zu besetzen, unter welche die Hufen vertheilt wurden. Ursprünglich sollte jeder Bauer wohl nur eine Hufe erhalten, da diese eben das Maß für eine Wirthschaft bildete, doch ist es wohl oft nachgelassen worden, daß jedem Colonisten gleich im Anfange zwei oder auch drei Hufen zugetheilt wurden. Diese Colonisten waren freie Leute. Es läßt sich durch alle Verträge, welche erhalten sind, und aus den späteren Nachrichten erkennen, daß die Unternehmer die Vorsicht beobachteten, regelmäßig auszubedingen, die Bauern sollten nur vor dem Dorfgerichte mit ihrem Schulzen an der Spitze zu Recht zu stehen haben. Den Grund und Boden erhielten die Colonisten erblich und mit der Befugniß ihn zu veräußern, jedoch hatten sie einen bestimmten Hufenzins, als immerwährende dingliche Abgabe, an den Verkäufer zu entrichten und ihm auch den Zehnten zu gewähren. Ihr Besitz war daher zwar kein schöffenbar freier nach der Sprechweise des Sachsenspiegels, sondern bestand nur in Erbzinsgütern, sie hatten aber ein besseres Recht als die altsächsischen Zinsmänner an ihren Gütern. In der Glosse des Johann v. Buch zum Sachsenspiegel wird ausdrücklich bestätigt, daß die brandenburgischen Bauern günstiger als die sächsischen Lässiten gestellt seien, daß sie Erbrechte an ihren Gütern hätten und sie frei veräußern könnten, und dem Erbzinsherrn nur ein Vorkaufsrecht zustehen mußten. ⁷⁾

⁶⁾ Wohlfürd: Lebus I. 210. — Riedel: Mark Brandenburg II. 203.

⁷⁾ Glosse zu Art. 59. Buch II. Dat men thu gude geboren wert, dat scheidet an sesschen unde merchsschen rechte. Wy in sassen tu tinssgude geboren is, dat is ein late, dy mach des gutes ane synes heren orloff sich nicht vortygen. Dit sint dy unse olderen sitten lyten, don sy dy lanth bedwunghen, up bescheit. Met uns aver hebbben dy gebur

Auf die persönliche Freiheit der Bauern hatte also dieses Zinsverhältniß in der Mark keinen Einfluß. Es sind zwar schon früh hiergegen Einwendungen gemacht worden und man hat die Frage aufgeworfen, ob die Bauern, wenn sie ihre Güter verlassen wollten, nicht verpflichtet seien, einen tüchtigen Nachfolger in ihrem Besitze zu beschaffen, damit der Inhaber des Zinsesz und des Decem an diesen keinen Ausfall erleide. Allein aus der Uckermark, wo die Bauern später am ungünstigsten in der Mark standen, ist uns ein Urtheil des dortigen Landvogts Rippolt von Bredow und seiner Beisitzer aus dem Jahre 1383 erhalten, in welchem die volle Freizügigkeit und persönliche Freiheit der Bauern anerkannt wird. Es wird darin für Recht gesprochen: „daß jeder Bauer, der sein Zinsgut verlassen will, daran nicht gehindert werden kann, auch wenn er keinen Nachfolger, der den Zins übernimmt, bestellt.“⁸⁾

Zu dem Fufenzins und Decem, welche gewöhnlich mit dem gemeinsamen Worte „Pacht“ bezeichnet wurden, trat später die landesherrliche Abgabe der Bede, welche ursprünglich keine wiederkehrende und feststehende Steuer war, sich aber allmählig hierzu ausbildete. Sie bestand, wie der Zins, in einer Geldabgabe, doch wurde wohl bei dem damaligen Mangel an cur-

erve an pachtgude, und sy mogent laten, wan sy willen. Dat is daromme, dat unse landt muten beset sin. Dun men sy besettede, don lyth men dy huven den geburen wilde, des denne dy huven nu beter sint worden van orem arbeide, dat vorkopen sy, wan sy willen. Dit heitet bureve, dat yd vorbetert is vorder wan dy pacht. Und Glosse zu Art. 79. Buch III. Dy andern, dy tinss gewen, dat sin also bure, dy erven dat gut, dat boven oren tinss is, unde dat yt beter wan ore plege is, up oren negesten, unde verkopent weme sy willen, des sy yt oren heren irst byden.

⁸⁾ Wobisbrück: Lebus I. 325. Als wenn eyn bure wil tyhn vonn synes hern gude und hauen, so schal hie die plogen to dren fharen und schal sie tosegen mit der wintersaeth und schal dat frien, efft ichts wes darup lige; und schal dat gut verkopen, efft hie kan, und einen redlichen berveman darup bringen, die syne plege geven mach. Kan hie des nicht verkopen, so schal hie dat synen hern upseggen und upgeven to sunte Peters dage oder dar vor, und denn schal hie syne pacht geven, die hie verplicht iss, und denn fry wech tihn, war hie wil, mit synem gude. Und weret, dat syn her dat gut nicht wil upnehmen, so schal hie dat up einen thun stecken vor richter und vor den buren und schall denn fry wech tyhn.

firendem Gelde auch nachgelassen, daß beide Abgaben in Naturalien abgeführt wurden.

Endlich hatten die Bauern noch von jeher Dienste zu leisten, welche einer genaueren Betrachtung bedürfen, daß sich die spätere Umgestaltung der ländlichen Verhältnisse zum Theil an sie anknüpfte.

Die Dörfer in der Mark waren sehr lange Zeit reine Bauerndörfer. Die Landwirthschaft lag ganz in den Händen der Bauern und alle die größeren Güter, welche jetzt die Mark überdecken, sind erst nach dem Untergange des älteren Bauernstandes zusammengebracht worden. Das Landbuch Kaiser Karl IV. vom Jahre 1375 giebt uns ein klares Bild von der Ackervertheilung in damaliger Zeit und danach war die Zahl der größeren Besitzungen, welche wir mit unseren Rittergütern etwa vergleichen könnten, noch äußerst gering.⁹⁾

Bei den Diensten, welche die deutschen Bauern nach ihrer Uebersiedelung in die Mark zu leisten hatten, darf man daher nicht an Privatdienste denken, die sie auf adligen Höfen zu verrichten hatten. Es sind Natural-Leistungen im öffentlichen Interesse, welche die damalige Staatsverwaltung bei dem Mangel des baaren Geldes nicht entbehren konnte. Die Markgrafen hatten keine festen Residenzen und bei der damaligen persönlichen Regierungsweise waren sie genöthigt, beständig das Land zu durchreisen, um in den einzelnen Theilen die erforderlichen Anordnungen zu treffen. Den Bauern aber lag die Verpflichtung ob, durch Vorspann die Transportmittel zu gewähren, um das Gefolge des Landesherrn auf diesen Zügen, oder auch einzelne Abgesandte der Markgrafen auf ihren Reisen zu befördern. Dies nannte man Vorspann, welcher zwar im Jahre 1280 den Bauern in der Mark allgemein erlassen, nachher aber wieder eingeführt worden ist, und sich dann bis in unser Jahrhundert erhalten hat. Außer ihm hatten die Bauern, wie auch in den oben angeführten beiden Urkunden des Erzbischofs Wichmann von Magdeburg hervorgehoben wird, die sogenannte Burgwere zu leisten, d. h. sie hatten die erforderlichen Fuhren bei Bauten der markgräflichen Festungen und Burgen, so wie der Brücken und Dämme, wo solche in ihrer Nähe lagen, mit ihren Gespannen

⁹⁾ Riedel: Mark Brandenburg 1250. II. 167.

zu thun. Endlich lag ihnen der Heerdienst (*servitium curruum*) ob, welcher in der Verpflichtung bestand, daß im Falle eines Krieges von jedem Dorfe ein vierspänniger Küstwagen zum Gefolge der aufgegebenen Lehnsmannschaft gestellt wurde.

Mit Worspann, Burgwere und Heerdienst war der Kreis ihrer Dienste geschlossen. Dieselben wurden alle dem Landesherrn geleistet und waren ihrer Natur nach ungemessen, denn es ließ sich selbstverständlich nicht im Voraus bestimmen, wie oft die Markgrafen einzelne Dörfer auf ihren Reisen berühren, Reparaturen und Bauten an ihren Burgen, Brücken und Dämmen vornehmen oder das Lehnsgesolge zum Kriege aufbieten würden. Wie wenig drückend diese Spanndienste aber gewesen sein müssen, geht aus einigen Nachrichten der damaligen Zeit hervor, nach welchen man den Heerdienst in einzelnen Dörfern auf 3 oder 4 Tage für das Jahr, in einem Falle auf 12 Tage für das Jahr feststellte, um, wie unten gezeigt werden soll, sie als Privatdienste veräußern zu können.¹⁰⁾ Bei Rixdorf wurde in dem Stiftungsbriefe vom 26. Juni 1360 sogleich festgesetzt, daß für die Burgwere die Hufner 3 Tage im Jahre mit dem Pfluge dienen und die Kossäthen eben so oft mit der Hand arbeiten sollten.

Die ursprüngliche Stellung der Bauern in der Mark Brandenburg war also im Ganzen folgende: Sie waren durchaus persönlich freie Leute, besaßen ihre Güter erblich und unwiderruflich, durften sie frei veräußern und ohne die Verpflichtung zur Beschaffung eines Nachfolgers (Gewährsmannes) ungehindert verlassen. Außer den Abgaben an Zins, Decem und Bede, welche alle den Markgrafen zukamen, hatten sie nur solche Dienste den Landesherrn zu leisten, welche das öffentliche Interesse nach der damaligen Staatsverfassung erforderlich machte. Unter einer Privat-Gutsherrschaft standen sie nicht, vielmehr waren sie nur ihren eigenen Dorfgerichten mit dem Schulzen an der Spitze und den markgräflichen Landgerichten unterworfen. Dabei muß dies als die eigentliche Regel und das normale Verhältniß für die ganze ländliche

¹⁰⁾ Wohlbrück: Lebus. I. 272.

Bevölkerung betrachtet werden, denn die vorkommenden Ausnahmen treten dagegen in den Hintergrund und enthalten im Ganzen nur unwesentliche Abweichungen, welche sich von den fundamentalen Rechten der Bauern wenig entfernen. Günstiger als die gemeinen Bauern standen die in keinem Dorfe fehlenden Lehnshulzen, da sie, abgesehen von den bereits erwähnten Vorzügen, keinen Hufenzins und keinen Decem zu entrichten hatten und dafür nur Lehnspferde stellen mußten. Neben ihnen gab es in vielen Dörfern noch bäuerliche Lehnleute, die ebenfalls mit größerem Landbesitz ausgestattet waren und dieselbe Freiheit gegen Stellung von Lehnspferden genossen, nur daß sie das Schulzenamt nicht hatten.

Was die übrigen Bewohner des platten Landes, namentlich die Kossäthen, betrifft, so war ihre Zahl anfänglich eine sehr geringe, indem nach dem Landbuche von 1375 noch alle Feldmarken in ganze Hufen getheilt erscheinen, also überall volle Bauernnahrungen anzunehmen sind und daneben nur in ganz einzelnen Dörfern Kossäthen mit kleineren Besitzungen erscheinen. Wo aber auch eine Vertheilung der Hufen in kleinere Grundstücke erwähnt wird, ist nichts darüber vermerkt, daß die Besitzer dieser Parzellen ein geringeres Recht an ihrem Grund und Boden als die Bauern gehabt hätten. Wir müssen daher annehmen, daß sie auch zu Erbzinsrecht ihre Ländereien besaßen und, daß sie nur statt der Spanndienste Handdienste zu leisten hatten, weil sie keine Gespann haltenden Wirths waren.

Ähnlich waren die Verhältnisse bei den Müllern, Schmieden, Fischern u. s. w., obgleich bei ihnen häufig noch besondere Abgaben hinzutreten, die mit ihrem Gewerbe im Zusammenhange standen und an die Oberherren ihrer Grundstücke zu entrichten waren. Persönlich frei waren auch diese kleineren Grundbesitzer.

Für das Vorhandensein der Leibeigenschaft bei dem Bauernstande in irgend einer Form gewähren uns die älteren Urkunden aus der Mark nicht den geringsten Anhalt. Die alte wendische Bevölkerung, bei welcher man sie nach ihrer Unterwerfung am ersten vermuthen könnte, ist nicht in dieses Verhältniß gebracht worden. Es ist überhaupt nicht richtig in den Kämpfen mit den Wenden den alleinigen Grund für die Ausbreitung des deutschen Wesens in der Mark zu sehen und diese allein als das

Resultat eines glücklich geführten Vernichtungskrieges zu betrachten. Ganz Schlesien und Pommern ist ohne Schwertstreich germanisirt worden. Nachdem 1157 die wendische Feste zu Brandenburg erstürmt worden war, haben zwar auch noch Kriege in der Mark mit Wenden und Polen stattgefunden, allein sie trugen nicht mehr das Gepräge der wilden Racenkämpfe, sondern waren nur Kriege der Oberherren um den Besitz von Land und Leuten. Alles Land östlich von der Stadt Brandenburg, jedenfalls das Land Lebus und Sternberg und die ganze Neumark jenseits der Oder bis Dramburg, Schiefelbein und Bütow sind in dieser Weise unter die Botmäßigkeit der Brandenburgischen Markgrafen gekommen und dann mit Schonung der vorgefundenen Einwohner friedlich colonisirt worden.¹¹⁾ Die dünne, halb nomadische Bevölkerung der Wenden hat es, nachdem sie unter deutsche Landesherren gekommen war, ruhig geschehen lassen, daß ihre Weideplätze in Feldmarken zerlegt und ihre Ackerbeete nach der Dreifelderwirthschaft zu den Hufen gezogen wurden. Da von Aufständen derselben dagegen uns nichts berichtet wird, ist dies nur zu erklären, wenn man annimmt, daß ihnen selbst Stätten unter den deutschen Colonisten gewährt und die erforderlichen Hufen an sie vertheilt worden sind. Es sind uns verschiedene Nachrichten erhalten, wonach die Wenden neben den deutschen Bauern in den Dörfern ihre vollen Stellen gehabt haben und es besteht keine Ueberlieferung, daß sie mit geringeren Rechten angefaßt gewesen wären.¹²⁾

Dies waren die Verhältnisse der Bauern im 12. und 13. Jahrhundert. Es läßt sich auch nicht annehmen, daß in territorialer Beziehung erhebliche Abweichungen stattgefunden haben. Große Strecken Landes sind zwar nicht unmittelbar von den Markgrafen, sondern von den geistlichen Stiften z. B. den Domstiften zu Havelberg, Brandenburg und Lebus, dem Tempelherrenorden, und dem hohen Adel — wie den Grafen zu

¹¹⁾ G. W. v. Raumer: Neumark Brandenburg im Jahre 1337. — S. 3 flg.

¹²⁾ Bei der Gründung der Stadt Märkisch-Friedland 1244 nehmen die Markgrafen Johann I. und Otto III. die in und außerhalb der Stadt ansässige wendische Bevölkerung unter ihren besondern Schutz und behalten sich die Gerichtsbarkeit über sie ausdrücklich vor. Buchholz: Geschichte der Churmark Brandenburg (Berlin 1771) IV. 75.

Ruppin — colonisirt worden; allein es fehlt jeder Anhalt, daß diese etwa Anbauer unter drückenderen Bedingungen gefunden hätten, als die Landesherrn, ja es war im Mittelalter unstreitig, daß die Stiftsbauern die günstigsten Stellungen hatten. Wenn aber in späterer Zeit die Behörden der Uckermark mit Rücksicht darauf, daß dies Land ursprünglich zu Pommern gehört hat, eine ungünstigere Stellung der Bauern dort als althergebracht bezeichnen,¹³⁾ so beruht dies auf einer späteren Anschauung, da gerade in der Uckermark der bereits erwähnte Rechtspruch des Lippolt von Bredow vom Jahre 1383 abgefaßt ist und den Bauern volle Freizügigkeit beilegt.

In keinem heimischen Rechtsverhältnisse sind so wesentliche Umgestaltungen im Laufe der Jahrhunderte eingetreten, als in dem des Bauernstandes. Die Ursachen davon sind sehr mannigfaltig und greifen bis in die erste Colonisation der Mark zurück. Neben dem Bauernstande hat es von jeher zwei streng von ihm geschiedene Stände gegeben, welche sich aber bald zu einem vereinigten, indem der Adel des Landes sich aus ihnen gebildet hat. In seine Hände ist dann nach und nach der Grundbesitz auf dem platten Lande, so weit er nicht den geistlichen Corporationen und den Städten gehörte, mit unbedeutenden Ausnahmen übergegangen, indem statt der ursprünglichen Bauerndörfer die großen Rittergüter mit ihren laffitischen Unterthanen entstanden sind.

Die Markgrafen als Reichsfürsten und Landesherrn besaßen zahlreiche Dienstmannen (Ministeriales), welche unfrei waren und ihnen eigen gehörten. Sie bildeten ihr Gefolge und gehörten zum Militärstande, doch bestand ihre eigentliche Verpflichtung nur darin, daß sie Hofdienste zu leisten hatten. Sie waren die erblichen Truchsesse, Schenken, Kämmerer, Marschälle und Jäger ihres Herrn und mußten jährlich mehrere Wochen an dessen Hofe leben, um hier die Dienste zu verrichten und die Markgrafen auf ihren Reisen und Heerfahrten zu begleiten.¹⁴⁾ Zu ihrem Unterhalte und zu ihrem Lohne für ihre Ämter waren

¹³⁾ § 5 Tit. 1 der Gefindeordnung von 1722. Mplius: Codex constit. marchic. Band V. Abth. III. S. 269; und v. Schoke: Hermsdorf, das jetzt bestehende Provinzialrecht der Kurmark Brandenburg (Berlin 1834) II. 410.

¹⁴⁾ Vetus auctor de beneficiis. C. 1. § 149.

ihnen Ländereien überlassen, welche sie als Hoflehne besaßen. Die meisten Hoflehne waren in der Altmark belegen, da das Ministerialwesen bereits sich zu modificiren begann, als die Markgrafen die Ländereien östlich der Elbe erwarben. Dort aber gab es eine große Anzahl von Hoflehen, welche in Grundbesitz und niemals in Fehungen und Gerechtigkeiten bestanden. Sie waren untheilbar und erbten nur auf ein Kind des letzten Inhabers, welches damit zugleich die Verpflichtung zu den darauf ruhenden Hofdiensten erhielt. Die übrigen Kinder wurden, wenn sie der Markgraf nicht mit neuen Hoflehen versehen konnte, freie Leute und durften neue Dienste bei anderen Herren suchen. Aus diesen Dienstmännern ist ein großer Theil des märkischen Adels hervorgegangen, denn die Ministerialen wurden trotz ihrer Unfreiheit als Edele betrachtet. Sie waren ritterbürtig und hießen: *Nobiles homines proprii, nobiles ministri, honorabiles ministri, primi servientium* u. s. w.¹⁵⁾ Da der Werth ihrer Besitzungen später sich vergrößerte und sie reiche Leute wurden, die ihre Dienste nur sehr unvollkommen und mit Widerstreben verrichteten, wurden diese nur noch bei besonderen Feierlichkeiten von ihnen verlangt, während die regelmäßige Hofhaltung durch angenommene Bediente versehen wurde. Sie traten dann bald in die Reihen der übrigen Vasallen des Militärstandes über und ihre Besitzungen wurden zu Mannlehen.

Neben diesen hauptsächlich in der Altmark ansässigen Ministerialen gab es ferner einen ritterbürtigen Vasallenstand, der zu Kriegsdiensten verpflichtet war und deshalb mit Mannlehen und Burglehen beliehen war. Er ergänzte sich zwar schon frühzeitig aus den Söhnen der Dienstmännern, welche keine Hoflehne erhielten, doch bestand der größte Theil desselben aus Familien, die niemals ihre persönliche Freiheit aufgegeben hatten. Die Zahl solcher freien Lehnleute mit Vasallenlehen war anfänglich nicht bedeutend und ihr Grundbesitz ein verhältnißmäßig geringer.

¹⁵⁾ Der Verfasser des Sachsenspiegels erklärt zwar libr. III. c. 42: das Dienstmännersrecht sei so mannigfaltig, daß sich darüber keine generellen Regeln aufstellen ließen. Indessen treffen die oben entwickelten Verhältnisse doch bei allen Ministerialen zu und bildeten wenigstens die Regel bei ihren Stellungen. Vergl. Wohlfried: Geschichte der Altmark (von Ledebur, Berlin 1855, herausgegeben) S. 91 flg. und Märkische Forschungen III. 1—95.

Nach einem Vergleiche des Landesherrn mit den Ständen vom Jahre 1281 rechnete man, daß für einen Ritter, der mit einem Gefolge von 3 bis 4 berittenen Personen Kriegsdienste zu leisten hatte, höchstens sechs Hufen und für einen Knappen, welcher nur ein Gefolge von 2 bis 3 Berittenen zu stellen hatte, höchstens vier Hufen erforderlich seien.¹⁶⁾ Diesen Landbesitz erhielten sie jedoch in Gemäßheit der damaligen Natural-Wirthschaft nur zur Erlangung der Wirthschaftsbedürfnisse für ihren Hausstand. Zum Erwerbe trieben sie keine Landwirthschaft, vielmehr gehörte nothwendig zu jeder Mannlehne oder Burglehen eine Anweisung auf gewisse Hebungen und Einkünfte, die erst in Verbindung mit dem Landgute dem Vasallen die Mittel eines auskömmlichen Lebens gewährten. Bei Burglehen trat noch die Einräumung einer Wohnung für den Ritter und seine Familie in einer Burg oder in der Nähe derselben hinzu. Es gab eine Zeit, in welcher kein einziger ritterbürtiger Vasall auf dem Lande wohnte, sie vielmehr durchgehends in den Burgen ihren stehenden Aufenthalt hatten, wenn sie nicht die Markgrafen in ihrem Gefolge begleiteten.

Die Gerechtigkeiten und Einkünfte, welche die Ritter mit ihren Lehnen überwiesen erhielten, waren sehr verschieden und schließlich gab es keine markgräfliche Hebung, die nicht zu Mannlehen ausgethan worden wäre. In erster Reihe waren es aber die Pächte (Hufenzins und Zehnte) sowie die Dienste der Bauern, sodann die Gerichtsgefälle, die Zölle, die Einnahmen aus der Münze u. s. w. Dabei geschah es aber anfänglich nicht, daß den Mannen gleich ganze Dörfer verliehen wurden, vielmehr war es Regel, ihnen nur von einem oder dem andern Bauern in verschiedenen Dörfern die Abgaben zu Lehn zu geben. Es entstand daher auch anfänglich keine Verschlechterung in der Lage der Bauern durch solche Anweisung, denn es konnte ihnen gleichgültig sein, ob sie an den Landesherrn oder an irgend einen Anderen ihre ein für alle Mal feststehenden Abgaben abzuführen hatten. Erst im Laufe der Zeit traten hier Nachtheile hervor, welche wohl Niemand von den Betheiligten vorausgesehen hatte. Ueberhaupt muß festgehalten werden, daß wir hier vor einer Entwicklung stehen, welche sich höchst allmählig angebahnt hat

¹⁶⁾ Gerken: Dipl. vet. March. I. 26.

und zu deren Vollendung drei, vier, ja fast fünf Jahrhunderte erforderlich waren.

Die Ritterhufen, mochten sie zu Hof-, oder Mann-, oder Burglehen ausgethan sein, genossen vollständige Abgabefreiheit, so daß von ihnen weder Zins, noch Zehnten, noch Bede zu entrichten waren.

Aus den Besitzern derselben ist der märkische Adel entstanden, der erst gegen Ende des 14. und im Anfange des 15. Jahrhunderts begann, Ackerwirthschaft als Erwerb zu treiben. Von dieser Zeit an entwickelte sich dann ein stiller Kampf zwischen ihm und dem Bauernstande um den Besitz der Ländereien, der aber bei der damaligen Werthlosigkeit der ländlichen Erzeugnisse erst viel später einen scharfen Charakter annahm. Nach dem neumärkischen Landbuche des Markgrafen Ludwig des Baiern von 1337 und nach dem Landbuche des Königs Karl IV. von 1385 ist der adelige Grundbesitz in der Mark noch wenig umfangreich, da die meisten Ritter nach ihnen nur drei bis fünf Hufen unter ihrem Pfluge hatten, einige nur zwei oder eine, während allerdings andere schon zehn, zwölf bis fünfundzwanzig Hufen besaßen.¹⁷⁾

Die Kriege der Markgrafen hatten große Kosten verursacht, denn mit dem bloßen Aufgebote der Lehnsmannschaft waren die Feldzüge nicht zu führen gewesen. Zur Deckung dieser außerordentlichen Ausgaben hatten die Mittel gefehlt und im Verlaufe jeden Krieges war die Aufnahme von Schulden erforderlich gewesen. Da die Annahme von Zinsen damals verboten war, wurden an Stelle unserer verzinlichen Darlehne alle Geschäfte zur Erlangung von baaren Geldern in der Form von Käufen abgeschlossen und war es natürlich, daß hierbei zuerst die baaren Gefälle herangezogen wurden, um für sie Capitalien zu erlangen. Den Begriff unveräußerlicher Hoheitsrechte des Staats kannte das Mittelalter nicht. Die landesherrliche Steuer der Bede, der Hufenzins, die Zehnten, und die Dienste der Bauern, welche sie dem Landesherrn zu leisten hatten, ferner das Patronatrecht über Kirchen und die Gerichtsbarkeit über Dörfer oder einzelne Höfe, mit welcher nicht unerhebliche Gefälle verbunden waren, waren

¹⁷⁾ G. W. v. Raumer: Die Neumark Brandenburg i. J. 1337 S. 79, und das Landbuch von 1385 S. 170 u. 287.

regelmäßig die Gegenstände, welche der Staat bei solchen Verkäufen für baare Vorschüsse hingab. Besonders gern wurde die Gerichtsbarkeit über ein Dorf erworben, weil der Käufer dadurch Lehnsherr des Schulzen wurde und ein Heimfallsrecht an seinem Gute für den Fall, daß ein Inhaber keine Söhne hinterließ, erlangte. Die Käufer fanden sich in allen wohlhabenden Klassen der Bevölkerung, denn die Bürger in den Städten erwarben eben so wohl als die adligen Vasallen dergleichen Rechte in den verschiedenen Dörfern. Die letzteren waren es jedoch in vorzüglicher Weise. Theils wohnten sie bereits auf dem Lande und die naheliegenden Verhältnisse boten ihnen besondere Bequemlichkeiten, theils waren auch sie es gerade, die bei Gelegenheit der Kriegsdienste Ansprüche erwarben, welche die Markgrafen nicht anders als durch Abtretung ihrer Rechte an den Bauern auszugleichen wußten. Die Verkäufe geschahen ganz allgemein und massenhaft. Schon das Landbuch Königs Karl IV. von 1375 ergiebt z. B., daß in der Neumark nur noch von drei Dörfern bei Gallies und von zwei Dörfern bei Landsberg a. d. W. die Bede dem Landesherrn zustand, während die Hebung derselben in allen übrigen Dörfern auf Privatpersonen übergegangen war. Dann aber folgte der unheilvolle Markgraf Jobst von Mähren, der die Mark Brandenburg als einen verlorenen Posten betrachtete und daher Alles von landesherrlichen Rechten, was sich irgend in baares Geld umsetzen ließ, verkaufte und fortgab.

Durch diese Veräußerung der landesherrlichen Rechte in den Dörfern ist das moderne Institut der Gutsherrschaft entstanden. Der Name hiervon ist schon sehr alt, denn da die Bauern von Anfang an nur erbzinsweise ihre Stellen besaßen, nahm man ein Ober-Eigenthum des Markgrafen, der Domstifte, der Orden oder derjenigen hohen Adligen, die die Colonisation des Landes durch die Deutschen bewirkt hatten, an ihren Grundstücken an und bezeichnete Jeden als Herrschaft, dem die Hebung des Zinses eingeräumt worden war. Ihr Wesen war anfänglich für die Bauern wenig nachtheilig, denn da Anfangs die Berechtigungen nicht dörferweise sondern regelmäßig nur von einzelnen Bauernstellen in den Dörfern zu verschiedenen Zeiten und an verschiedene Personen fortgegeben wurden, so kreuzten sich die Ansprüche der Berechtigten in den einzelnen Dörfern und blieben daher nichts als Privaterhebungen und Privatrechte. Nach und

nach aber entwickelten sich die Verhältnisse so, daß die verschiedenen Berechtigungen in einem Dorfe in eine Hand gebracht wurden, indem jeder Rittergutsbesitzer darauf hingeführt wurde, fernliegende Hebungen und Gerechtigkeiten gegen solche in dem Dorfe, wo er seinen Wohnsitz hatte, umzutauschen, und hierdurch wurde die Stellung der Bauern eine wesentlich andere. War die Gerichtsbarkeit über ein Dorf, das Patronatsrecht über seine Kirche, die Hebung des Hufenzinses, des Zehnten und der Bede von den Bauerhöfen, endlich die Berechtigung auf die Dienste der Bauern einem Vasallen, der im Dorfe selbst wohnte, übertragen, so lag der Gedanke nicht fern, den Inhaber dieser Rechte als eigentlichen Herrn des Dorfes und seiner Bewohner anzusehen. Man fing daher an, die Bauern als Privatunterthanen der Ritter zu betrachten, die nur durch die Mittelsperson der Lepteren in einem Zusammenhange mit den Markgrafen und Kurfürsten standen. Die Ausbildung dieser Anschauungen fällt in das 15. Jahrhundert, und im Anfange des 16. Jahrhunderts sind sie schon zu einem feststehenden Grundsatz geworden. Der Begriff eines allgemeinen Staatsbürgerrechts mit unveräußerlichen öffentlichen Rechten und Pflichten war dem ganzen Mittelalter fast fremd. Die Vasallen standen unter dem Landesherrn, weil er ihr Lehnherr war, also auf Grund eines kontraktlichen Verhältnisses, welches sie persönlich an den Landesherrn band. Es paßte deshalb sehr wohl zu dem damaligen Staatsrechte, daß es Unterthanen in seinem Umfange gab, die nur durch die Vermittelung von Anderen mit dem Landesherrn in rechtlicher Verbindung standen. Der Wohlstand und die Erhaltung der Bauern interessirte daher die Kurfürsten nur in zweiter Reihe. Zahlten die Bauern keinen Zins und keine Abgaben, oder waren sie außer Stande ihre Dienste zu leisten, so traf dies die Gutsheerrschaft, da an den Landesherrn nichts zu steuern war, oder die neueren Staatsabgaben gleich so ausgeschrieen wurden, daß sie auf die einzelnen Güter vertheilt wurden und den Gutsheerren überlassen blieb, sie von ihren Unterthanen beizutreiben.

Aus diesen Verhältnissen erklärt sich die Theilnahmslosigkeit, mit welcher die Kurfürsten den Untergang des Bauernstandes haben geschehen lassen; obgleich es immerhin zweifelhaft bleibt, ob es ihnen, auch wenn sie hierzu den ernstesten Willen gehabt hätten, gelungen wäre, diese Entwicklung aufzuhalten. Mancherlei

ganz außer ihrer Macht liegende Verhältnisse traten hinzu, um die Kraft des alten Bauernstandes zu brechen und seinen schließlichen Untergang herbei zu führen.

Wüste Dörfer und bewachsener Acker, d. h. cultivirtes Land, welches von seinen Besitzern verlassen und zu Wald geworden war, sind zwei stehende Klagen, die uns aus dem Mittelalter herüber schallen und uns ein Bild von den Leiden der Mark Brandenburg und von der Werthlosigkeit des Grundbesitzes in ihr geben. Alle Städte in der Mark sind mit großen Ackerländereien ausgestattet. Acht, zehn bis zwölftausend Morgen beträgt durchschnittlich die Feldmark einer märkischen Stadt, während z. B. in der benachbarten Lausitz nur einige hundert Morgen zu den Städten zu gehören pflegen. Die Ackerbürger gehörten immer zu den wohlhabendsten Klassen der städtischen Bevölkerung und gewannen durchschnittlich wohl so viel an Getreide und anderen ländlichen Erzeugnissen, daß der Consum in den Städten zum größten Theile von ihnen gedeckt wurde. Es war in der Mark Brandenburg bis in dieses Jahrhundert hinein eine stehende Klage der Guttsbesitzer, daß der Absatz ihrer Producte äußerst schwer sei, zumal wenn die Ausfuhr nach Stettin und den anderen Seehäfen verschlossen war. Wir müssen annehmen, daß der Ertrag einer Bauernstelle im Mittelalter äußerst gering war und nur einen spärlichen Lohn für die aufgewendete Thätigkeit abwarf, der in vielen Fällen nur den Lebensunterhalt der Familie, aber nicht die baaren Mittel zur Zahlung der Abgaben gewährte. In den Städten fielen diese Leistungen fort und so begegnen wir das ganze Mittelalter hindurch bei der bäuerlichen Bevölkerung der Neigung, ihre Hoffstellen zu verlassen und in die Städte zu ziehen, um dort ein lohnenderes Feld ihrer Thätigkeit zu finden. In gewissen Perioden ist hieraus eine massenhafte Wanderung der Landbewohner nach den Städten entstanden und viele Bauerstellen sind damals herrenlos liegen geblieben. Häufig fanden sich neue Bauern für die Höfe, eben so häufig aber blieben sie wüst liegen, bis sie die Ritterschaft, nachdem sie die Landwirthschaft als Erwerb betrieb, occupirte.

Die Fehden im Mittelalter bestanden hauptsächlich darin, daß die Ritter die Zinsbauern sich gegenseitig zerstörten, d. h. ihre Gebäude niederbrannten und ihr Vieh forttrieben. Eine

Bauerstelle aber ohne Hofgeräthe und Inventar hatte damals so gut wie keinen Werth und es war schwer, für eine solche Bauern zu finden.¹⁸⁾

Im 13. und 14. Jahrhundert ist das Land wiederholt von Seuchen, welche unter dem Namen des schwarzen Todes bekannt sind, heimgesucht worden und wir können die Verheerungen derselben nicht fürchtbar genug veranschlagen. Ganze Dörfer starben damals aus und viele Stellen wurden leer, so daß Arbeiter und Besitzer überall fehlten. Die Aecker blieben liegen und wo einst der Pflug jährlich die Furchen gezogen hatte, fand sich Gestrüpp, das Niemand wegräumte, bis es zu hohem Walde emporwuchs. Die größeren Grundbesitzer erholten sich zuerst und zogen nach und nach zu ihren Gütern, was sich nicht mit neuen Bauern besetzen ließ.

Endlich kauften die Rittergutsbesitzer, wenn sie mehrere Söhne hatten, Bauernstellen an und legten sie zu neuen Gütern zusammen, um für ihre Söhne Abfindungen zu erhalten. Die Preise waren niedrig, da die Lasten und Abgaben, welche die Bauern ihnen zu leisten hatten, in Rechnung kamen und für die Bauern ein kleines baares Capital hinreichte, um in den Städten eine lohnende Wirthschaft zu beginnen.

Alles dies führte also dahin: das platte Land zu entvölkern, den Bauernstand immer mehr und mehr vom Lande zu verdrängen und die Bildung großer Rittergüter zu befördern; denn wenn erst eine Bauernstelle dem größeren Gute einverleibt war, so war es unmöglich, sie wieder von demselben zu trennen. Die Kosten für die Errichtung neuer Gebäude und für die Beschaffung des Inventars würden den Werth des ihr zugewiesenen Landes bei Weitem überstiegen haben. Die Zahl der freien Bauern wurde immer geringer. Die Landesregierung hatte, wie gesagt, kein Interesse an ihrer Erhaltung und suchte sich nur damit zu decken, daß sie von Zeit zu Zeit feststellte, welche

¹⁸⁾ In der Altmark galt bis zum neunzehnten Jahrhundert als Grundsatz für die gerichtliche Taxation von Bauerngütern, daß die fruchttragenden Grundstücke, überhaupt Grund und Boden und der aus der Wirthschaft zu ziehende Nutzen gar nicht, sondern nur der Werth der Gebäude, Zäune, Brunnengehege u. s. w. und daneben das Inventarium zur Schätzung gebracht wurde. Böke: Provinzial-Recht der Altmark. II. 24.

Zeitschrift für Rechtsgeschichte Bd. XI.

Hufen ursprünglich Bauernländereien gewesen waren,¹⁹⁾ da diese bei neuen Steuern nicht außer Ansaß blieben, während das eigentliche ritterliche Besizthum auch von diesen nicht betroffen wurde.

Als das Jahrhundert der Reformation anbrach, war diese Entwicklung der ländlichen Verhältnisse in vollem Gange. Der Begriff der Gutsherrschaften hatte sich vollständig ausgebildet und war dahin fixirt worden, daß in den Rittergutsbesizern eine bestimmte Lokalobrigkeit gesehen wurde, zu welcher die Bauern in dem Verhältnisse von Unterthanen standen. Die Bauern hießen regelmäßig die Unterthanen ihrer Junker (*subditi nobilium*); doch war es allerdings noch streitig, wer eigentlich als Gutsherr zu betrachten sei, da es vielfach vorkam, daß die Hefungen von einzelnen Höfen in den Dörfern ganz verschiedenen Personen zustanden. Es wurde dies dann dahin entschieden: „daß der, welcher das Rauchhuhn und den Dienst auf einem Hofe habe, für den Gerichtsherrn geachtet und erkannt werden solle, obgleich ein Anderer die Pacht zu fordern hätte.“²⁰⁾

Der Kurfürst Joachim I. — ein strenger, leicht gereizter Herr, wie ihn ein neuerer Schriftsteller²¹⁾ nennt — erkannte, daß die Rohheit und Verwilderung der märkischen Bevölkerung übergroß war und, daß seine Unterthanen an Bildung und Sitte weit hinter den übrigen Deutschen zurückstanden. Er beschloß dies zu ändern und griff sein Werk flug, aber mit eiserner Hand an. Während seiner Regierung wurde die Universität zu Frankfurt a. d. O. gegründet und das römische Recht eingebürgert; er versuchte eine neue Städteordnung und eine durchgreifende Gerichtsorganisation einzuführen. Vor Allem zähmte er die wilde Zügellosigkeit des raub- und fehdelustigen Adels und schrak nicht davor zurück, hier viel Blut fließen zu lassen. Unter ihm schrieb ein Herr von Otterstädt deshalb die Drohung an seine Thür, daß man ihn hängen würde, und zog mit seinen

¹⁹⁾ Schöpflitz: *Consuetudines* I. p. IV. tit. 19 § 3: „Es ist Landesbrauch, daß die bewachsen Stücken und Aecker, so weit man die der Fahren nach erkennen kann, für Hufschlag geachtet, darzu gerechnet und also genannt werden.“

²⁰⁾ Schöpflitz: *Consuetudines* I. p. II. tit. 3. § 8 u. 9.

²¹⁾ Droysen: *Geschichte der preussischen Politik*. Theil II. Abth. II. S. 45.

Genossen aus, den Kurfürsten zu fangen. Der Anschlag wurde vereitelt und Otterstädt geviertheilt. In zwei Jahren ließ er vierzig Adlige wegen Raubes mit dem Schwerte oder mit dem Galgen strafen und in dem Jahre 1525 allein wurden fünfundsiebzig Räuber und unter ihnen Ritter- und Edelleute eingefangen und hingerichtet. Aus der Mitte seines Gefolges griff er einen Herrn von Lindenberg heraus und ließ ihn köpfen, weil er auf der Reise eine Rastnacht benutzt hatte auszureiten, um einen Handelsmann zu überfallen und ihm sein Geld abzunehmen. Unerbittlich war hier seine Strenge und umsonst waren dagegen alle Fürsprachen und Gnadengesuche. Als sein Vetter, der Markgraf Friedrich in Franken ihm vorstellte, doch nicht so viel adliges Blut zu vergießen, antwortete er ihm, es sei nur Räuberblut gewesen und in gerechter Strafe geflossen.²²⁾

Trotz alle dem würde man sehr fehlgreifen, wenn man in Joachim I. einen grundsätzlichen Feind des Adels sehen wollte. Er wollte nur Ordnung im Lande haben, oder wie man sich damals ausdrückte: „Zucht“. Joachim I. gehörte zu den erbittertesten Gegnern Luthers und der Reformation. Bis zu ihm war der Adel ein wirklicher Kriegerstand gewesen, welcher noch in der Hauptsache auf Hebungen an baarem Gelde oder Naturalien angewiesen und zum Theile mit äußerst kleinen Besitzungen dotirt, seine freie Zeit auf dem Stegreife in unendlichen Händeln und Fehden hingebracht hatte. Sollte eine dauernde Aenderung hierin eintreten, so mußte eine nützliche Beschäftigung für den Adel gefunden werden und es entsprach daher ganz den Absichten des Kurfürsten, daß die Landwirthschaft immer mehr und mehr als ein nobler Erwerbszweig angesehen wurde. Unter seiner Regierung wird das Ringen des Adels mit dem Bauernstande um den Besitz des Landes zu einem heftigen Kampfe. Oft genug klangen die bitteren Klagen der Bauern an seinen Thron und oft genug drohte er der Ritterschaft als Landesfürst einschreiten zu wollen. Aber schließlich trat er doch ganz auf die Seite des Adels; indem ihn wohl der Gedanke leitete, daß, wie er von seinem Adel Gehorsam fordere, so auch die Bauern ihren Guts herrschaften unbedingt unterworfen sein sollten. Unter ihm ist eine Maßregel eingeführt worden, die

²²⁾ Buchholz: Geschichte der Kurmark III. 264.

den heutigen Begriffen von einer unparteiischen Rechtspflege und von Humanität kaum erklärlich erscheint.

In dem Landtags-Rezeß vom Tage der Heimsuchung Mariä 1527 hat Joachim I. der Ritterschaft das Privilegium ertheilt, daß er keine Klage ihrer Bauern gegen sie einleiten wolle, bevor nicht die verklagte Gutsherrschaft selbst sich darüber gutachtlich geäußert habe und, daß er nur, wenn er diese Erklärung des Rittergutsbesizers ungenügend halte, den Rechtsweg gestatten wolle. Die Worte des Rezeßes hierüber lauten folgendermaßen: „Was das Geleit der Bauern belangt, will unser gnädigster Herr sich in dem als der Landesfürst wohl zu halten wissen; jedoch hat seine kurfürstliche Gnaden zugesagt, keinen Bauer eher, denn des Edelmannes Antwort gehört ist, zu geleiten, jedoch, daß der Bauer mittlerzeit von seinem Herrn ungeschädelt bleibe. Wenn aber des Herrn Antwort gehört ist, so mag seine kurfürstliche Gnaden der Willigung nach, wie hier bevore geschehen und beschloffen ist, nachkommen“. ²³⁾

Seine Nachfolger sind ihm später auf dieser Bahn gefolgt. Dies Privilegium der Ritterschaft ist unter Kurfürst Johann Georg in dem Rezeß vom Montage nach Vitus 1572, und unter Johann Sigismund in dem Revers vom 11. Juni 1611 ausdrücklich bestätigt und wiederholt worden. ²⁴⁾ Es trat aber noch Folgendes hinzu: Kurfürst Joachim II. hat in dem Landtags-Rezeß vom Mittwoch nach Judica 1540 und Johann Georg in dem vom Montage nach Vitus 1572 der Ritterschaft folgende Vergünstigung zugestanden: „Der Beschwerde halber, daß die von der Ritterschaft oftmals von ihren Bauern bei Hofe beklagt, darauf erfordert und zu Kosten geführt werden, soll es hin fürder dermaßen zum Abscheu des lieberlichen Klagens gehalten werden; Wo ein Bauer seine Herrschaft gegen Hofe verklagen würde und seines Klagens nicht genugsam Ausführung thäte, so soll er vermöge unserer Kammergerichtsreformation mit dem Thurme bestraft werden, damit die andern sich desgleichen muthwilligen Beklagens enthalten“. ²⁵⁾

²³⁾ Mhlius: Corpus constitutionum VI. 19.

²⁴⁾ Mhlius: Corpus constitutionum VI. I. 108 u. 218.

²⁵⁾ Mhlius VI. I. 62 u. 108. Zum letzten Male ist diese Bestimmung im Landtagsrezeß vom 26. Juli 1653 § 22 wiederholt. Mhlius a. a. O. 414.

Diese Beschränkung des Rechtsweges und diese Strafen der Bauern waren also die Basis, auf welcher sie den letzten Kampf um ihr Eigenthum und die Freiheit ihrer Person mit der Ritterschaft ausführen sollten. Mancher mag dadurch an der Verfolgung seines Rechts verhindert, mancher schon von dem Versuche eines Rechtsstreites durch sie abgeschreckt worden sein. Im Ganzen aber müssen wir sie doch nur als ein unbeholfenes Mittel zum Schutze bloßer Gewalt betrachten und dürfen ihnen kein allzugroßes Gewicht beilegen, denn alle Nachrichten deuten darauf hin, daß das 16. Jahrhundert hindurch ein erbitterter Prozeßkampf zwischen Bauern und Adel die Gerichtshöfe erfüllt hat, daß die Bauern im Großen und Ganzen also sich nicht haben abhalten lassen, diesen Weg zu beschreiten. In den beiden Entwürfen für eine Landesordnung, welche der Kanzler Lampert Diestelmeier und nach ihm Johann Köppen unter dem Kurfürsten Johann George zwischen den Jahren 1571 bis 1594 ausgearbeitet haben, finden sich denn auch diese beiden Einschränkungen des Rechtsweges nicht wiederholt.

Was diese beiden Entwürfe einer Landesordnung für die Kurmark Brandenburg betrifft, so ist bei ihrer Betrachtung stets zu erinnern, daß Lampert Diestelmeier sowohl als Johann Köppen dabei nicht von der Absicht ausgegangen sind, eine Reform des Rechts herbeizuführen, daß sie vielmehr nur den Plan gehegt haben, das bestehende Recht zu codificiren. Der hohe Werth ihrer Arbeiten für die Beurtheilung der damaligen Verhältnisse liegt daher auf der Hand, tritt aber für den Gegenstand dieses Aufsatzes um so mehr zu Tage, als gerade die bürgerlichen Verhältnisse von diesen beiden Staatsmännern mit besonderer Ausführlichkeit behandelt worden sind. Man sieht, daß sie damals noch die brennende Frage bildeten, welche die Juristen und Politiker fort und fort beschäftigte, und es läßt sich wohl auch erkennen, daß manche Opposition gegen die strömende Zeitrichtung hervorgetreten ist. Ja nach einzelnen Äußerungen muß man annehmen, daß Lampert Diestelmeier und Johann Köppen selbst zu denen gehört haben, welche im Innern ihres Herzens die Härte der Lage der Bauern wohl fühlten. Geändert ist hierdurch aber nichts an ihren Verhältnissen und Diestelmeier sowohl wie Köppen haben abgesehen von der erwähnten Ausnahme überall die Bestimmungen des Bauern-

rechts, wie sie in den Landtagsrezessen und Judikaten ausgebildet waren, fast wörtlich wiedergegeben. Wir können daher in diesen Entwürfen nur ein treues und zuverlässiges Bild der damaligen Rechtsverhältnisse erblicken, und es empfiehlt sich nach ihrer Anleitung die weitere Durchforschung dieser Rechtsmaterie zu versuchen.

Ueber die Natur des Rechts der Bauern an ihren Stellen sind in beiden Entwürfen die alten Rechtsansichten von Erbzinsverhältnissen noch festgehalten. Der Grundsatz, daß die Bauern ihre Höfe nur laßweise besitzen, findet sich nicht als Regel in ihnen. Sie gehen davon aus, daß die Bauern ihre Höfe und Felder in den Dorffeldmarken erblich besitzen und die Gutsherren nur Anspruch auf Zins, Abgaben und Dienste haben. Das Recht der Bauern wird Eigenthum genannt, neben welchem dann das Recht der Herrschaft als eine Art Obereigenthum hervortritt.²⁶⁾ Indessen zeigt sich daneben schon ein laßfittischer Besitz der Bauern, indem man den Unterschied machte, ob ihre Ländereien in einer alten bäuerlichen Dorffeldmark oder auf früherem ritterlichen Grund und Boden belegen waren. Bei diesen nahm man kein Erbzinsverhältniß, sondern reine Zeitpacht des Bauern an. Pacht — lateinisch: *pactus* — hatte im früheren Mittelalter und namentlich noch nach der Sprache in den Landbüchern von 1337 und 1375 jede Abgabe geheißen, die kontraktlich von einem Grundstücke zu zahlen war, und deshalb wurden damit gemeinschaftlich der Canon, welcher von dem Erbzinsgute jährlich zu entrichten war, der Zehnte und später auch die Bede bezeichnet. Daneben hieß aber auch die Leistung, welche ein Zeitpächter zu gewähren hatte, eben so, und im 16. Jahrhundert war dies die gebräuchlichere Bezeichnung geworden. Man hatte sich also nur an den neueren Sprachgebrauch zu halten, um dahin zu gelangen, daß viele Bauernstellen, die ursprünglich zu Erbzinsrecht ausgethan waren

²⁶⁾ Schepflig in seinen *Consuetudines* I. 4. Titel 7 § 2 bezeichnet das Recht der Bauern folgendermaßen: *Subditi rerum dominia habent apud nos in dioecesi Havelbergensi et tota Prignitia, nec non Comitatu Ruppiniensi. Rustici omnes apud nos in Marchia in libertate educati sunt. Tota enim Marchia neminem habet servili conditione natum, quod tamen de rusticis in Marchia Uscarina, tum etiam in Nova Marchia ita absolute vix dici potest.*

und für die deshalb nach der älteren Sprechweise eine Pacht festgesetzt worden war, zu Zeitpachtstellen umgewandelt wurden, welche dem Inhaber zur Räumung gekündigt werden konnten. Es bedurfte außerdem nur noch des Grundsatzes, daß gegen diese Annahme keine Verjährung zulässig sei, um den ältesten Besitz in Frage zu stellen und eine große Anzahl von Bauern, die unter ganz anderen Bedingungen ihr Land erworben hatten, zu laßtitelichen Besitzern zu stempeln. Gerade dies war aber der kurmärkischen Ritterschaft durch die Landtagsrezesse vom Dienstage nach Dionysius 1550 unter Joachim II. und vom Montage nach Vitus 1572 unter Johann George zugesagt worden,²⁷⁾ und deshalb findet sich auch folgende Bestimmung in dem ersten Entwurfe einer Landesordnung von Lampert Distelmeier:

„Titel 33: Die von der Ritterschaft legen je zu Zeiten eine oder mehrere ihrer freien Ritterhufen an ihre Bauerhöfe oder verheuern ihnen selbst oder andern benachbarten Leuten auf ihren wüsten Feldern Acker oder Wiesewachs, auch wohl Weide oder Hütung, und wollen dann die Bauern, wenn sie solches über verjährte Zeit gebraucht, dasselbe für ihr Eigenthum einziehen und denen, so es zuerst ausgethan, oder ihren Nachkommen, wenn sie der Hufen, Acker, Wiesen und Hütung selbst bedürfen, nicht wieder abtreten. Wenn aber unsere Landschaft solches für beschwerlich geachtet und ihr noch bei Regierung unsers Herrn Vaters seeligen Gedächtnisses bewilligt worden ist, daß in solchen Fällen den Bauern kein Eigenthum zu wachsen solle und die Landstände der Abkündigung jeder Zeit sollen mächtig sein, so lassen wir es auch nochmals dabei, und soll hiernach, wenn die Bauern solche Acker, Wiesen oder Weide gleich um einen einförmigen Zins, Wiefengeld oder Pacht über rechtsverwarte Zeit besessen, in unserem Lande verabschiedet und gesprochen werden. Wenn auch zwischen dem Besitzer und dem, so die ausgethanen und verheuerten Hufen, Acker oder Wiesen wieder zu sich nehmen will, Streit vorfällt, also, daß der Beklagte sagt, solches gehöre

²⁷⁾ Für die Neumark sind diese Rechtsgrundsätze anscheinend bei andern Gelegenheiten publicirt worden, doch fehlen die Urkunden hierüber, weil das neumärkische Archiv im siebenjährigen Kriege bei dem Bombardement von Küstrin verbrannt und gänzlich verloren gegangen ist.

zu seinem Hofe erblich, der Junker aber zeigt es für Laßgut an, so soll, wo solche Hüfen, Aecker oder Wiesen auf des Junkern wüsten Feldern gelegen sind, für die Junker erkannt werden, weil nicht vermuthlich, daß die Bauern auf der Edelleute wüsten Feldern etwas eigenthümlich haben. Lügen aber die streitigen Stücke auf dem Dorffelde, darin der Bauer wohnt, so soll der arme Mann so lange dabei geschützt werden, bis der Kläger beweiset, daß er oder seine Vorfahren dem Besitzer oder dessen Vorfahren solche Aecker und Wiesen Anfangs miethsweise oder als ein Laßgut eingethan. Wenn solches geschieht, soll ihm der Besitzer ungeachtet, daß er die Verjährung für sich hat, dasselbe abzutreten schuldig sein“.

Dieser ganze Satz trägt eine Fassung, als ob er gegen die Bauern gerichtet sei, um den Gutsbesitzern den Beweis zu erleichtern, daß der Bauernbesitz nur ein laßtitischer sei und sie ihn auf Aufkündigung für die Gutsbesitzer zu räumen haben. Dennoch scheint er Bedenken erregt zu haben, weil er nur einem Theile des Bauernlandes das Eigenthumsverhältniß abspricht, für die Hauptmasse ihres Besitzes es aber ausdrücklich anerkennt und dadurch von neuem befestigte. In dem zweiten Entwurfe der Landesordnung, welchen Johann Köppen bearbeitet hat, ist daher dieser ganze Titel ausgemerzt. Daß dies nicht im Interesse der Bauern geschehen ist, daß man vielmehr nur die Präsumtion ihres Eigenthums an den auf den Dorffeldern belegenen Ländereien hat beseitigen wollen, um wo möglich alles bäuerliche Besitzthum für laßtitisches ansprechen zu können, ergiebt die damalige Strömung der Zeit, wie sie sich in den übrigen Bestimmungen der projectirten Landesordnung abspiegelt.

In der damaligen Kanzleisprache, welche in den Entwürfen der Landesordnung beibehalten ist, wird der Bauer der arme Mann genannt. In der eben angeführten Stelle kommt diese Bezeichnung auch vor. Wir dürfen hiermit aber nicht den sentimentalen Begriff verbinden, welchen die moderne Anschauung unserer Tage in diesen Worten finden würde, und dies nicht als die Einleitung des Entschlusses der Regierung betrachten, dem Bauernstande ihre besondere Aufmerksamkeit und Hülfe zu seinem Emporblühen zu gewähren. Der arme Mann bedeutet nur so viel, als der Mann ohne Vermögen, und nicht mehr und nicht weniger. Die Erhaltung und Kräftigung des Bauern-

standes war damals nicht die Tendenz der innern Politik. Diese ging im Gegentheile davon aus, daß die Bildung von größeren Gütern für den Staat vortheilhafter sei. In der projectirten Landesordnung wird als oberster Grundsatz für das gutherrlich bürgerliche Verhältniß aufgestellt, daß alle Bauern ihre Grundstücke räumen und dem Adel gegen billige Vergütung überlassen müssen, sobald dieser einen neuen adeligen Hof mit einer selbstständigen Wohnung oder auch nur einen neuen Wittwensitz zur Abfindung für eine Frau zu gründen beabsichtigt. Die technischen Ausdrücke hiefür sind: Auskaufen der Bauern, oder Legen der Bauern; welche noch viele Jahre nachher in unserer Gesetzgebung vorkommen. Daneben bestand noch das Recht der Gutsherren muthwillige Bauern zu relegiren, d. h. von ihren Höfen aus dem Dorfe zu verweisen.

Die Grundsätze, welche über die beiden Institute des Auskaufens und des Relegirens der Bauern in dem Distelmeier'schen Entwürfe der Landesordnung entwickelt werden, sind folgende: „Titel 36: Da die vom Adel in unserm Kurfürstenthum sich auf einen alten Gebrauch bezogen haben, daß ihnen zu ihrer Gelegenheit freistehe, einige Bauern auszukaufen, soll ihnen solches fortan auch freistehen, wenn sie der ausgekauften Bauern Güter selbst bewohnen wollen, jedoch daß sie den Bauern, welche sie auskaufen wollen, ihre Güter nach Würdigung, was sie gelten möchten, gebühlich und auf einmal bezahlen. Wo sie aber sonst mit einem Ritterhofe versehen sind und der ausgekauften Höfe und Hufen allein zur Anrichtung neuer Meiereien und Viehhöfe, oder auch zur Verstärkung ihres Ackerwerks gebrauchen wollten, soll ihnen solches nicht vergünstigt werden. Ebenso wollen wir auch ohne vorhergehende fleißige Erkundigung, ob das Leibgedinge nicht auf einem andern Wege bestellt werden könne, nicht nachgeben, daß zu einer Leibgedingung einer Wittwe Bauerhöfe sollen ausgekauft werden. Und wenn wir dasselbe aus bewegenden Ursachen bewilligten, so soll doch der zu einem Leibgedinge ausgekaufte Hof alsbald nach der Wittve Absterben wieder mit einem Bauern besetzt werden, damit der Bauernstand erhalten bleibe und uns und unserer getreuen Landschaft an der Mannschaft und gemeinen Landeshülfe nichts abgehe. — Titel 37: Wenn Einer vom Adel zu seiner Nothdurft einen Bauerhof auskauft oder sonst in einem Dorfe einen Meierhof

oder ein Vorwerk hat, das zuvor ein Bauerhof gewesen ist, soll er davon sein Vieh vor den gemeinen Hirten treiben, auch den Pfarrherrn, den Küster, den Schmidt, den Hirten und den Schweiner nach der Anzahl seiner Hufen und seines Viehes, wie es jeden Ortes gebräuchlich ist, lohnen helfen und sonst mit den Gehegen und Graben das Bauernrecht sowohl als andere desselben Dorfes Einwohner zu seinem Theile bestellen. Die aber alte Rittersitze haben, sollen es halten, wie es jeden Orts hergebracht ist. — Titel 41: Mancher unnahrhaftige Bauer sitzt auf einem Gute, bestellt es nicht, wie es sich gebührt, giebt seinem Junker weder Zins noch Pacht, kann auch nicht dienen und macht von einem Jahr zum andern mehr Schulden, und wenn die Herrschaft ihm solches nicht länger zusehen, sondern einen Gewährsmann haben will, so hält er das Gut so theuer, daß er keinen Kaufmann kriegen kann, will auch wohl seinen Junker zwingen, daß er selbst ihm sein Gut, so theuer er es anschlägt, bezahlen soll. Wenn dann hierinnen Einsehens von Nöthen ist, so sollen unsere Kammergerichtsräthe einem solchen muthwilligen Mann auflegen, sich mit seinem Junker in einer ziemlichen und geraumen Zeit um das, was er ihm rückständig ist, zu vergleichen und seine gebührlichen Dienste zu thun; oder wenn er dies nicht thun kann oder will, ihm einen andern Gewährsmann zu schaffen. Thut er das nicht, so sollen sie durch unparteiliche Kommissarien, denen wesentlich ist, wie dergleichen Güter des Orts gekauft werden, das Bauergut würdigen lassen und, wenn Jemand vorhanden ist, der es nach solcher Würdigung kaufen will, demselben solches zuschlagen. Findet sich aber kein Kaufmann, so mag der Erbherr selber der Käufer sein, das Kaufgeld an An- und Erbgeldern, wie man sich dessen mit ihm vergleichen kann, zahlen, von der Kaufsumme die Schulden abziehen, sofern etwas über die Bezahlung der Schulden übrig bleibt, dasselbe dem Verkäufer verabsfolgen lassen und ihm das Gut zu räumen ernstlich gebieten. Wollte er dann nicht weichen, so soll dem Landreiter des Orts befohlen werden, ihn mit Ernst aus dem Gute zu weisen, oder wenn er sich widerseßlich macht, ihn durch Gefängniß, oder wie er am besten kann, zum Gehorsam zu bringen“.

In dem Köppen'schen Entwurfe sind diese Grundsätze etwas verändert, indem es hier heißt (Theil II Titel 21): „Wiewohl

schwer zugeht, daß einer von seinen eigenen Gütern ausgekauft werden soll, wenngleich wohl solches im Falle der Noth aus erheblichen Ursachen von der Herrschaft nachgelassen und bewilligt ist, so ordnen und wollen wir, daß dem Käufer auf solchen Fall sein wahres und vollständiges Kaufgeld, darauf er sein Gut vergessen kann, erlegt werden soll. Wenn aber ein Unterthan aus seiner Verurfschung verarmt oder sich sonst gegen seine Herrschaft muthwillig und ungehorsam erzeigt, also daß er das Gut verlassen muß, so soll er Fleiß haben, seinem Erbherrn einen andern Gewährsmann zu verschaffen, und soll ihm alsdann sein Gut freigeboten und subhastirt werden. So aber sich darauf keine Kaufleute finden, welche des Kaufes einig werden, soll das Gut nach gemeinem, billigen Werthe tagirt, darauf das Kaufgeld von der Obrigkeit gesetzt und danach das Gut bezahlt werden. Doch sollen in der Tage die erblichen Bürden an Pächten, Diensten, Zinsen und Anderem, so auf dem Gute steht, von der Tage am Kaufgelde abgezogen werden. Das Auskaufen aber der Lehnleute, da sie allbereit mit einem Rittersitze versehen sind, soll nicht verstattet werden. Also wollen wir auch ohne fleißige vorhergehende Erkundigung, ob das Leibgedinge nicht in anderem Wege bestellt worden, nicht nachgeben, daß zur Verleibgedingung von Wittfrauen Bauerhöfe sollen ausgekauft werden. Und ob wir dasselbe aus beweglichen Ursachen u. s. w. wie Titel 36 und Titel 34 im ersten Entwurfe“.

Der wesentliche Unterschied zwischen beiden Entwürfen besteht darin, daß im ersten die Gründe, weshalb eine Relegation eines Bauers zulässig sein solle, ausführlicher angegeben sind. Die Umarbeitung ist daher wohl nur deshalb erfolgt, weil diese Gründe doch nicht erschöpfend aufgeführt waren. Auch wollte Köppen wohl seiner Ansicht Ausdruck geben, daß es eine schwere Pflicht sei, die hierdurch den Bauern auferlegt sei, und deshalb ist er zu der neuen Redaction geschritten.

Die erste Erwähnung nun des hier ausgeführten Rechts, einen Bauern zu relegiren, findet sich in dem kurmärkischen Landtagsrevers Joachim II. vom Mittwoch nach Judica 1540, indem in diesem verordnet war: „Es soll hinfüro denen vom Adel offen stehen, da solche Ursachen vorhanden sind, darum man den Bauern mit Recht relegiren möchte, daß sie einen ungehorsamen muthwilligen Bauern auskaufen mögen, jedoch ihm

die Güter nach Würdigung, was sie gelten, bezahlen". Hier wurde also die Relegation als eine Strafe angesehen, welche im Rechte begründet sei und ihr die Einschränkung beifügt, daß sie nur verhängt werden solle, wenn der Gutsherr zugleich sich erbot, dem Bauer das von ihm zurückgelassene Gut zu ersetzen. In dieser Weise wenigstens faßten die damaligen Juristen diese Bestimmung auf und bei ihrer schon wesentlich römischrechtlichen Bildung wandten sie die Lehren der Pandecten von der Landesverweisung an. An die Stelle des römischen Staats und der Verbrechen gegen denselben setzten sie die Gutsherrschaften der einzelnen Dörfer und das Betragen der Bauern gegen diese. Diese Auffassung schloß sich an das Wort „mit Recht“, vorteilte aber eigentlich den wesentlichen Zweck der den Ständen gemachten Bewilligung, denn die Fälle solcher Verbrechen, welche nach dem römischen Rechte mit Landesverweisung bestraft werden konnten, waren im Ganzen beim Bauernstande selten, und die Absicht bei Bewilligung jener Bestimmung war doch nur dahin gegangen, das Einziehen der Bauernstellen im größeren Umfange zu erleichtern. Man interpretirte daher die obige Stelle des Rezesses von 1540 auch in der Weise, daß man Ungehorsam und Muthwillen des Bauern gegen die Gutsherrschaft als Grund für eine Relegation hinstellte und dann zu jenem Sage gelangte, der im Titel 41 des ersten Entwurfs der Landesordnung wiedergegeben ist. Daneben blieben aber die römischrechtlichen Gründe der Landesverweisung auch noch als Rechtfertigungen der Relegation bestehen und, da diese im ersten Entwurfe übergangen sind, scheint Johann Köppen im letzten Entwurfe überhaupt die Gründe, weshalb eine Relegation zulässig sein solle, gänzlich beseitigt zu haben. Im Ganzen scheint das Institut der Relegation sehr wenig erfolgreich gewesen zu sein und keineswegs den Erwartungen entsprochen zu haben, welche die Ritterschaft bei Erlangung des Landtagsrezesses von 1540 gehegt hat. Da die Juristen, wie die Fassung des Titel 41 des Diestelmeier'schen Entwurfs der Landesordnung ergibt, festhielten, daß im Falle einer Relegation eines Bauern dessen Grundstück subhastirt werden müsse und dieses dem Gutsherrn nur dann für die Tage zugeschlagen werden könne, wenn sich kein anderer Käufer fände, so konnte dieser leicht in die Lage kommen, die Vorfrage, daß der Fall einer Relegation anzu-

nehmen sei, zu erstreiten, ohne nachher doch das Grundstück zu erlangen. Es erklärt sich daher auch, daß wir fast gar keine Nachrichten und Entscheidungen von Prozessen zwischen Gutsherrn und Bauern über deren Relegationen haben und nur durch dogmatische Schriften der Rechtslehrer über die damalige Auffassung derselben Aufschluß erhalten.²⁸⁾

Viel wirksamer war die Vergünstigung des Adels: die Bauern zur Einrichtung einer Wohnung auskaufen zu können. Sie findet sich zuerst in demselben kurmärkischen Rezesse Joachim's II. vom Mittwoch nach Iudica 1540 und ist für die Kurmark von neuem in dem Landtagsabschiede Johann Georg's vom Mittwoch nach Vitus 1572 bestätigt.²⁹⁾ In beiden lautet die sie betreffende Bestimmung in fast wörtlicher Uebereinstimmung folgendermaßen: „Da die vom Adel in unserm Kurfürstenthum sich auf einen alten Gebrauch bezogen haben, daß ihnen zu ihrer Gelegenheit freistände, einige Bauern auszu kaufen, soll ihnen solches fortan auch freistehen, wenn sie der ausgekauften Bauern Güter selbst bewohnen wollen, doch sollen sie den Bauern, welche sie auskaufen wollen, ihre Güter nach Würdigung, was sie gelten möchten, gebührlig bezahlen.“³⁰⁾ Für die Neumark sollen dieselben Grundsätze nach einer Notiz im Landtagsrevers vom 11. Juni 1611 bereits unter der Regierung des Markgrafen Hans eingeführt sein, doch läßt sich die Urkunde hierüber nicht mehr auffinden. Unter Johann Georg sind sie durch die Revers vom Donnerstage nach

²⁸⁾ Schepflig: Consuetudines I. 4. Tit. 7 § 1.

²⁹⁾ Riedel: Mark Brandenburg II. 283. sieht einen Anfang des Rechts, die Bauern auszu kaufen schon in der Urkunde des Markgrafen Waldemar von 1319, worin er der Stadt Stendal das Dorf Neuwinkel überläßt. Allein die von ihm angezogene Stelle muß im Gegentheil dahin aufgefaßt werden, daß den Bürgern von Stendal die Beschränkung auferlegt wird, sie dürften die einzelnen Bauernstellen in Neuwinkel, obgleich sie das Obereigentum über das Dorf erhielten, nicht auch als ihr Eigentum betrachten, und müßten diese, wenn sie sie erwerben wollten, wie jeder Andere kaufen und vor dem Landgerichte sich übergeben lassen. Von einer Zwangspflicht der Bauern, ihnen die Höfe zu verkaufen, enthält die Stelle nichts. *Hereditates quoque residentium in villa predicta et proventus, si qui sint in ibi, ipsi cives juxta commune forum ac pretium, quod vulgariter Landkoop dicitur, comparabunt titulo empcionis.*

³⁰⁾ Mylius: Corpus constitutionum VI. Abth. I. S. 62. 66. u. 113.

Visitationis Mariae 1572 und vom 22. Dezember 1593 für die Neumark mit der Abweichung von der Kurmark bestätigt worden, daß das Kaufgeld in zwei gleichen Raten erlegt werden konnte, von denen nur Eine bei der Räumung des Guts an den Bauer zu zahlen war.³¹⁾ In der Mark Brandenburg ist es bekanntlich niemals zu einem Bauernkriege gekommen. Die wilden Verwüstungen, die lodernden Schlösser und Dörfer und die Ströme vergossenen Blutes, welche Thüringen und Süddeutschland dabei gesehen haben, sind unsern Vorfahren erspart geblieben. Die obigen Bestimmungen waren bei uns nur die Veranlassung zu einer unabsehbaren Zahl von Prozessen, die mit der größten Erbitterung zwischen Bauern und Adel geführt wurden.

Die damalige Theorie des Rechts wendete auch auf dieses Verhältniß römischrechtliche Grundsätze an und zog deshalb das Expropriationsrecht des Staats hierher, indem sie das öffentliche Interesse der Gesamtheit des Staats mit dem Nutzen des einzelnen Rittergutsbesizers, weil er als Obrigkeit des Dorfes angesehen wurde, identificirte. Von dieser Basis aus bildeten sich dann folgende Sätze, welche in der Praxis der Gerichtshöfe zur Anwendung gebracht wurden. — Kein Rittergutsbesitzer kann Bauern in fremden Dörfern auskaufen, vielmehr steht jedem dies Recht nur in seinem Dorfe zu. Der Zwangskauf ist nur aus dem einzigen Grunde zulässig, daß die Guts herrschaft selbst den Bauerhof bewohnen will, doch ist der Auskauf nicht auf einen einzelnen Hof beschränkt; der Rittergutsbesitzer kann so viel Stellen einziehen, als er zur Herrichtung seines adeligen Hofes erforderlich hält. Will er in einem Dorfe, in welchem er nicht wohnt, nur Meiereien, Vorwerke, Schäfereien oder Viehhöfe anlegen, so findet ein Auskauf nicht statt.³²⁾ Lehn- schulzengüter unterliegen überhaupt nicht dem Rechte des Auskaufs.³³⁾ Die Hofwehre, d. h. das gesammte nothwendige Inventar bleibt beim Gute, so daß es der Käufer erhält. Es muß aber stets das ganze Bauerngut angenommen werden und einzelne

³¹⁾ Mylus VI. Abth. I. S. 100 u. 132.

³²⁾ Schepflig: Consuetudines I. P. 4 Tit. 7 § 2 ff. u. II. Tit. 4 u. Tit. 73.

³³⁾ Schepflig: Consuetudines II. Tit. 253.

Hufen oder Ackerstücke können dem Bauer nicht entzogen werden.³⁴⁾ Namentlich sind Verträge unzulässig, nach denen ein Bauer sein Land abtritt und nur seine Gebäude mit der Hofstelle behält, um von dieser die Abgaben für das ganze Bauerngut zu entrichten. Dem Bauer muß der wahre Werth des Guts bezahlt werden. Zur Bestimmung desselben ist Taxation erforderlich und darf nicht darauf gesehen werden, wie viel der Bauer für den Erwerb seines Grundstücks bezahlt hat. Ist ein dritter Käufer zur Hand, der mehr als die Taxe offerirt, so muß so viel von der Gutsherrschaft gegeben werden, als dieser bietet. Bei der Taxe werden die Abgaben, Leistungen und Dienste, welche der Bauer dem Gutsherrn zu gewähren hat, in Abzug gebracht. Der Preis muß dem Bauer — mit Ausnahme von der Neumark — in einer ungetheilten Summe voll und baar ausgezahlt werden und es darf kein Abschloß davon berechnet werden, wenn er nun das Dorf mit dem Gelde verläßt, um sich wieder anders wo anzukaufen. Der Käufer muß alles von der eingezogenen Stelle an die Bauergemeinde leisten, was der frühere Besitzer ihr zu gewähren hatte, namentlich also seinen Antheil für die Kirche, die Pfarre, die Küsterstelle, den Gemeindegirten u. s. w. beitragen.³⁵⁾

Dies sind die Besitzrechte der Bauern an ihrem Grund und Boden um diese Zeit, doch erlitten sie noch eine Einschränkung, indem den Bauern nur mit Bewilligung ihrer Herrschaften gestattet war, Schulden auf ihre Güter aufzunehmen und sie mit Hypotheken zu belasten.³⁶⁾

Was die persönlichen Verhältnisse der Bauern betrifft, so lag die Sache ähnlich. Wie im Principe festgehalten wurde, daß sie Eigenthum an ihren Stellen hatten, so wurde im Principe auch anerkannt, daß sie als persönlich freie Leute zu betrachten seien. Sie werden nicht als Leibeigene oder als Unfreie im Sinne des Sachsenspiegels betrachtet und davon, daß sie veräußert oder daß die Rechte an ihrer Person auf andere Weise übertragen werden könnten, ist nichts in beiden Entwürfen der Landesordnung enthalten. Eben so haften sie nicht an der Scholle

³⁴⁾ Schöpflig: Consuetudines II. Tit. 6.

³⁵⁾ Schöpflig: Consuetudines II. 8.

³⁶⁾ Distelmeier: Entwurf Tit. 30.

und sind nicht *glabae adscripti*, obgleich ihnen in dieser Beziehung die Verpflichtung, einen Gewährsmann beim Verlassen des Guts zu stellen, oblag; von welcher unten weiter gehandelt werden soll. Dagegen findet sich doch ein Anfang, der auf persönliche Unfreiheit hindeutet und zu derselben führen konnte. In den Landtagsrezessen von 1527, 1534, 1536, 1538 und 1572³⁷⁾ war bestimmt worden, daß die Kinder der Bauern ihrer Herrschaft vor anderen Personen als Gesinde zu dienen hätten. In den beiden Entwürfen der Landesordnung ist diese Bestimmung nach dem Texte der Reverse aufgenommen (Tit. 39 im ersten und Th. III Tit. 3 im zweiten Entwurfe): „Welche Unterthanen in unserem Lande Kinder haben, deren sie zu ihrer selbst Arbeit nicht bedürfen und die sie zu Diensten bringen wollen, sollen diese vor allen andern ihrer Herrschaft zu Diensten anbieten und gönnen um billigen Lohn. Wo aber die Herrschaft deren nicht bedürfte, mögen sie die nach ihrem Gefallen bei andern zu Dienste bringen“. Nach der Wortfassung dieses Satzes hat es fast den Anschein, als ob es sich nur um einen Akt der Hochachtung und Höflichkeit gegen die Gutsherrschaften handelte. Allein das Wesen der Sache war persönliche Unfreiheit und ist niemals anders aufgefaßt worden. Johann Köppen selbst spricht sich in diesem Sinne in den Motiven zu seinem Entwurfe der Landesordnung aus, indem er sagt: *Haec decisio in potioribus partibus Marchiae, in quibus Rustici liberi homines et non asscriptitii vel censiti sunt, valde dura est. Ideoque de ea d. liberandum censeo.* Eben so äußern sich die altmärkischen Stände in ihrem Gutachten über den ihnen mitgetheilten Entwurf der Landesordnung, welches der nachmalige Landeshauptmann der Altmark Thomas von Knesebek für sie ausarbeitete und dem Kurfürsten 1594 überreichte. Es heißt darin über diesen Punkt: „Ob man sich wohl zu erinnern weiß, daß es dergestalt in den Reversen den Landständen bewilligt ist, so thut man daneben doch auch dies erwägen, quod durissima videatur esse servitus et contra dispositionem juris communis introducta, nec in omnibus Marchiae locis pariter recepta, weil es denn gleichwohl zuvörderst in der Altmark nie

³⁷⁾ *Mylius*: VI. I. 19. 29. 36. 49 u. 113.

also hergebracht noch gehalten worden".³⁸⁾ Ob diese Einrichtung aber demnächst wirklich außer Brauch gekommen oder geblieben ist, läßt sich jetzt nicht mehr feststellen. Schepflig erwähnt sie nicht und dies spricht bei seiner großen Ausführlichkeit dafür, daß sie nicht beobachtet worden ist. Dagegen wird sie in den Landtagsrezessen vom 11. März 1602 und vom 11. Juni 1611, ausdrücklich wiederholt, kann also damals nicht in Vergessenheit gewesen sein.³⁹⁾

Was nun die Dienste betrifft, welche die Bauern selbst mit ihrem Gespann zu leisten hatten, so darf man im Zeitalter der Reformation dabei nicht mehr allein an Kriegsführen, Wegebauen, Kirchenbau führen u. dgl. im öffentlichen Interesse zu gewährende Leistungen denken. Nachdem der Begriff der Gutsherrschaften dahin ausgebildet worden war, daß in ihnen eine spezielle Obrigkeit der Bauern gesehen wurde, und nachdem die Landesherrn auch ihre Rechte auf die Dienste der Bauern den Rittergutsbesitzern nach und nach mit den andern Hebungen aus den Dörfern verkauft hatten, stand damals fest, daß die Bauern in den Wirthschaften ihrer Herrschaften, also bei der Arbeit auf ihren Feldern und bei ihren Privatbauten mit ihrem Gespanne⁴⁰⁾ zu helfen hatten. Streitig oder zweifelhaft war nur, ob die Bauern gemessene oder ungemessene Dienste zu leisten hatten, d. h. ob sie nur an bestimmten Tagen in jedem Jahre oder in jeder Woche zu arbeiten hatten, oder ob sie alle Tage, sobald sie die Herrschaft bestellte, sich zur Arbeit auf dem Ritterhofe einfinden mußten. Auch war daneben noch Streitig, ob die Bauern während der Zeit, wo sie für die Herren arbeiteten, Verköstigung⁴¹⁾ zu beanspruchen hätten. Wie wichtig namentlich das Erstere für die Bauern war, leuchtet ein, da ihnen jede ordnungsmäßige Wirthschaft unmöglich wurde, wenn sie zu jeder Zeit von ihren eigenen Feldern abgerufen werden konnten. So

³⁸⁾ Akten des Justiz-Ministeriums betreffend die Revision der Gesetzgebung. Vol. 10.

³⁹⁾ Myllius VI. I. 164. 219.

⁴⁰⁾ Handdienste hatten die Bauern neben den Gespanndiensten nicht zu leisten, da Erstere den Kossäthen zur Last fielen. Schepflig II. 13. 23.

⁴¹⁾ Zur Speisung der Bauern gehörte niemals die Verabreichung von Fleisch. Schepflig II. 10. 12.

Zeitschrift für Rechtsgeschichte Bd. XI.

lange die Dienste nur Staatsdienste gewesen waren, waren sie, wie oben gezeigt ist, ihrer Natur nach ungemessen, doch liegen uns aus älterer Zeit Zeugnisse vor, wonach sie sehr unbedeutend waren, indem sie auf drei oder vier Arbeitstage für jedes Jahr angeschlagen wurden.⁴²⁾ Jetzt war dies Alles anders, da die Dienste zu Privatdiensten geworden waren, und es kam nun für die Bauern darauf an, eine feste Grenze in denselben zu gewinnen. Die Rittergutsbesitzer verlangten dagegen, daß die Bauern zu jeder Zeit sich zu Diensten bei ihnen einzufinden hätten, und dies ist ihnen auch für die Kurmark durch den Landtagsrezeß vom Dienstage nach Dionysius 1550 in folgender Weise bewilligt worden: „Da sich die Landstände beschwert haben, daß den Bauern von unserem Kammergerichte je zu Zeiten würden Abschiede gegeben, darinnen den Bauern gesetzte Dienste gemacht würden und den Herrschaften, die Bauern zu Zeiten des Dienstes zu speisen, aufgelegt würde, wollen wir solches also ohne Unterschied zu geschehen abschaffen, sondern sollen die Leute jeden Orts, wie auch auf dem Landtage des 40. Jahres beschloffen, dienen wie vor Alters, und wo man sie zuvor auch in Diensten gespeist, soll es noch geschehen, es wäre denn, daß die Leute solches willig nachließen; und soll es sonsten Jeder in dem mit seinen Unterthanen halten, wie vor Alters“. ⁴³⁾ Die Praxis hat dies dann so ausgelegt, daß die Bauern ungemessene Dienste zu leisten hätten, wenn sie nicht den Nachweis einer andern Observeanz führen könnten.⁴⁴⁾

In der Neumark ist diese Frage erst später zur Entscheidung gekommen und liegen uns hierüber interessante Verhandlungen vor. Als der Kurfürst Johann George die neumärkische Ritterschaft 1572 bewog, einen Theil der sehr hohen Schulden, welche er bei seinem Regierungsantritte in der Kurmark vorgefunden hatte, zu übernehmen, mußte er ihnen auf dem Landtage zu Cüstrin in dem Revers vom Donnerstage nach Visitationis Mariae 1572 große Concessionen machen. Zu diesen

⁴²⁾ Wohlsbrück: Lebus I. 272.

⁴³⁾ Mylius VI. I. 90.

⁴⁴⁾ Schemplig constatirt in seinen Consuetudines I. Th. IV. Tit. 11, daß die Bauern in der Priegnitz nach dem dortigen Lokalgebrauch in jeder Woche zwei Tage zu Hofe zu dienen hätten.

gehörte auch die Bestimmung wegen der Bauerndienste, welche in folgender Fassung in den Rezeß aufgenommen wurde: „So wollen wir auch unserem Statthalter, Landvoigt in der Neumark und unserm Hauptmanne im Lande zu Sternberg Befehl thuen, da sie die Bauern, welche sich ihren Junkern zu dienen weigern, bescheiden und sie dahin anweisen sollen, da sie ihnen wöchentlich mit Wagen, Pflügen und Handarbeit zweien Tage und im Auguste, so oft man ihrer bedarf, dienen, ihnen auch zu ihren Gebäuden mit Fuhren und Handdiensten helfen sollen. Die aber in Flecken, welche Stadtrecht haben, wohnen, sollen die Woche einen Tag dienen, und zu den Gebäuden und im Auguste es den andern gleich halten; dagegen ihnen die Junker zur ziemlichen Nothdurft Essen und Trinken und des Tages zum wenigsten eine Mahlzeit geben wollen“.

Sobald der Kurfürst Cüstrin verlassen hatte, entstand zwischen den höchsten Behörden daselbst ein Streit, wie diese Bestimmung auszulegen sei, indem der Statthalter der Neumark Rudolph von Winterfeld behauptete, die Bau­fuhren muten auer den festen zwei Arbeitstagen geleistet werden, der Kanzler Adrian Albinus daselbst aber die Bau­fuhren in die zwei wöchentlichen Arbeitstage legen wollte. Es wandten sich deshalb Beide an den Kurfürsten und dieser versah den Statthalter am 22. Juli 1572 mit folgendem Bescheide, der dem Kanzler Albinus mit Weglassung der letzten Sae am 23. Juli 1572 ebenfalls mitgetheilt wurde: „Wir haben euer Schreiben lesen hören und wissen uns, was wir in gehaltenen Landtagen zu Cüstrin au derer von der Ritterschaft emsiges und unnachlassiges Anhalten der Bauerndienste halber gewilliget, gnadiglich zu erinnern. Es ist aber unsere Meinung nicht gewesen, die armen Leute über die zwei Tage mit noch mehreren Diensten gar ausmatten zu lassen. Weil wir uns nun versehen, da ehrbare und vernünftige von Adel mit ihren Leuten nicht so unchristlich umgehen und sie über die gewöhnlichen zwei Tage, welche ihnen noch schwer genug werden, mit mehreren Diensten belegen sollen, achten wir hierum dafur, da die Bau­fuhren billig in die zwei Tage mit eingerechnet werden. Also, wenn die Leute in einer Woche zwei Tage mit Bau­fuhren oder mit der Hand arbeiten, da sie dagegen wieder einen Tag mit den andern Diensten sollen verschont werden. Im Auguste aber musen sie einaugsten helfen,

so lange man ihrer bedarf, doch soll ein Jeder vom Adel in demselben ein christliches und billiges Maß halten, daß die armen Leute um seines Kornes willen das Ihre im Felde nicht dürfen stehen lassen, sondern dasselbe auch mit einzubringen vermögen. Und weil unsere Bewilligung allein von den Leuten redet, welche sich ihren Junkern zuwider und uns nicht gebühren wollen, jemand wider erstandene Urtheil und Recht oder fürstliche Abschiede, so endlich ihre Kraft erreicht und gesprochene Urtheils Wirkung haben, zu beschweren, so achten wir davor: es werden die Leute, welche mit ihren Junkern der Dienste halber mit Urtheil und Recht oder fürstlichen Abschieden entschieden sein, dabei billig gelassen, es könnte denn mit ihrem Willen auf mehr Dienste gehandelt werden. — Wir versehen uns auch, was ehrbare und vernünftige Leute sein, werden ein mehreres nicht begehren“.

Der Streit war aber dadurch noch nicht geschlichtet und es scheint an einer Remonstration des Statthalters der Neumark von Winterfeld nicht gefehlt zu haben, denn der Kurfürst sah sich bewogen, am 10. August 1572 nochmals in dieser Angelegenheit an die neumärkische Regierung ein Rescript zu erlassen, in welchem er auf seine Ankunft in Cüstrin verweist. Der Text dieses Rescripts ist folgender: „Hochgelehrte Rätthe und liebe Getreue! Wir sind berichtet worden, was über unsere unserm Statthalter und euch der Bauerndienste halber zugesandte Erklärung für weitere Disputation und Uneinigkeit zwischen ihm, dem Statthalter, und unserm Kanzler vorgefallen. Nun haben wir wegen ihrer Uneinigkeit unsere Meinung und Befehl ihnen beiderseits zugeschrieben, der gnädigen Zuversicht, sie werden sich deshalb bis auf unsere Dahinkunft gehorsamlich verhalten. Soviel aber die Sache der Dienste an sich berührt, lassen wir es nochmalen bei unserer Erklärung und sind nicht gemeint, die Bauern, die der Dienste halben mit ihren Junkern mit Urtheil und Recht oder auch durch Abschiede, mit beider Theile Willen gegeben, entschieden sind, dawider beschweren zu lassen. Wären aber bei unserer Regierung ohne beider Theile Bewilligung Abschiede gegeben, davon sich das eine Theil beschweret und die Sachen auch etwas streitig wären geblieben, da möget ihr die Partheien nochmals bescheiden, den Leuten unsere der Landschaft geschene Bewilligung vorhalten, und sie mit ihren Junkern

barauf nochmals mit Willen in der Güte zu vertragen, Fleiß haben“.

Der Kanzler Lampert Diestelmeier hatte die Verhandlungen mit den Ständen der Neumark auf dem Landtage zu Cüstrin 1572 geleitet, und ist daher anzunehmen, daß er auch diese Rescripte abgefaßt hat. Damals war wohl schon der Gedanke an die Abfassung der Landesordnung angeregt und es findet sich denn auch in dieser der in dem letzten Rescripte aufgestellte Grundsatz, daß es zunächst auf die abgeschlossenen Verträge und Rezesse oder die ergangenen Erkenntnisse über die Dienste der Bauern ankommen solle. Dagegen ist die feste Begrenzung der Dienste, welche in dem neumärkischen Rezesse vom Donnerstage nach Visitationis Mariae 1572 und in den beiden Rescripten vom 22. und 23. Juli 1572 aufgestellt war, nicht wiedergegeben, sondern dafür ein anderer Grundsatz aufgestellt, so daß es den Anschein gewinnt, als ob inzwischen eine andere Strömung sich in den herrschenden Kreisen Geltung verschafft habe. Es soll in subsidium auf die Gewohnheit der benachbarten Ortschaften gerücksichtigt werden. Tit. 38: „Wenn der Dienste halben geklagt wird und nicht Verträge oder andere Gewißheit vorhanden, wie die Leute zuvor gedient, sollen dieselben also, wie der nächstbenachbarten Dörfer Einwohner ihren Herrschaften dienen, ihren Junkern auch zu dienen schuldig sein, ihnen auch an Essen und Trinken das gegeben werden, was sie von Alters gehabt, oder wo dasselbe ungewiß, was die nächsten Feldnachbarn ihren Leuten geben“.

Im zweiten Entwurfe, von Johann Köppen, ist dieser Satz ganz ausgelassen und eine Bestimmung über das Maß der Dienste der Bauern nicht aufgenommen. — Inzwischen war der Kurfürst Johann Georg in Cüstrin gewesen und hatte unter dem 22. Dezember 1593 einen neuen Landtagsrezeß den dortigen Ständen ertheilt, in welchem wegen dieses Punktes festgestellt war: „daß es mit den Bauerndiensten nach der Verordnung des Abschiedes von 1572 zu Werke gerichtet und die Leute, so besage desselben nicht dienen wollten, dazu vermocht und angehalten werden sollten, weil der Kurfürst ohne Unterschied von denen, so bis daher weniger gedient haben, eine Gleichheit gehalten haben wollte“. ⁴⁵⁾

⁴⁵⁾ Ryffius VI. 1. 133.

Es entsprach also die Fassung des Distelmeier'schen Entwurfs nicht mehr genau dem bestehenden Rechte in der Neumark und eben so wenig dem von der Kurmark, und da sich eine Gleichmäßigkeit im ganzen Lande nicht herausgebildet hatte, ist man wohl zu dem Entschlusse gekommen, keine Bestimmung über diese Frage in die Landesordnung aufzunehmen.

Dagegen enthalten beide Entwürfe der Landesordnung eine Bestimmung über einen andern Punkt dieser Materie, der ebenfalls für die Bauern sehr wichtig war Tit. 38 in der Distelmeier'schen Zusammenstellung lautet: „Falls die Unterthanen, wenn die Dörfer abgelegt oder einer vom Adel der Dienste viel hat, etwa Dienstgeld geben, und die Nachkommen, wenn sie sich die Güter theilen, der Dienste nicht entrathen können, ist unserer Landschaft hierbevor bewilligt, daß sie die Dienstgelder den Leuten erlassen und dagegen die Dienste gebrauchen mögen. Dabei lassen wir es auch nochmals und haben sich die Unterthanen hierwider mit keiner Verjährung zu schügen. Die Dienste aber und die Dienstgelder zugleich zu nehmen, soll Niemand verstattet werden“. Im Köppen'schen Entwürfe ist die Fassung dieses Satzes eine andere, indem die Gründe, weshalb das Dienstgeld eingeführt sei und weshalb die Dienste gefordert würden, weggelassen ist (Th. I. Tit. 2): „Wenn ein Unterthan oder Dienstmann, so Dienste zu pflegen schuldig, anstatt der Dienste über dreißig Jahre Dienstgeld oder anderes einförmig ohne Veränderung gegeben — obwohl im Rechte versehen, daß er nachmals anstatt des Dienstgeldes Dienste zu thun nicht schuldig, sondern beim verjährten Dienste forthin gelassen werden soll, — dieweil aber unserer Landschaft bewilligt worden, daß sie das Dienstgeld jeder Zeit loskündigen und dafür Dienste anlegen mögen, so lassen wir es auch desfalls dabei und soll in unserm Lande danach auf vorfallende Fälle gesprochen werden“. Es war daher die Möglichkeit ausgeschlossen, die Dienste in eine feste Geldrente umzuwandeln und so eine Erleichterung der Bauern herbeizuführen.

Eine fernere Beschränkung der Bauern, die aus der Berechtigung der Gutsherren auf die Dienste derselben hergeleitet wurde, entwickelte sich daraus, daß man diese nicht als reine Reallasten, für welche nur das Grundstück haftete, auffaßte, sondern daneben noch eine persönliche Verpflichtung des jedes-

maligen Inhabers für die Dienste hinstellte. Man verlangte daher von ihm nicht nur, daß er den Hof im Stande zu halten habe, sondern, daß er denselben auch nicht früher verlassen dürfe, als er einen Nachfolger gestellt habe, der tüchtig und geeignet war, die Dienste zu übernehmen. Die technische Bezeichnung für diesen Nachfolger war „Gewährsmann“, wie er auch oben in den angeführten Stellen⁴⁶⁾ genannt wird. Durch diese Bestimmung waren die Bauern zwar noch nicht absolut an ihre Stellen gekettet, aber immerhin in der Freiheit ihrer Person sehr beschränkt; wie uns denn namentlich Nachrichten erhalten sind, daß es Ehefrauen von Bauern nach dem Tode ihrer Männer verwehrt worden ist, zu ihren Kindern nach andern Dörfern zu ziehen, weil es ihnen bei dem damaligen Mangel an Arbeitskräften nicht gelingen wollte, einen Nachfolger zu finden, dem sie die Stelle überlassen konnten.⁴⁷⁾ Um in dieser Beziehung einen wirklichen Zwang gegen die Bauern ausüben zu können, war die Freizügigkeit derselben verboten und die Aufnahme von ihnen in jeder Stadt und in jedem andern Dorfe untersagt, wenn sie nicht einen Entlassungsschein von ihrer früheren Gutsherrschaft beibrachten. Die Bestimmungen hierüber sind in den Landtagsrezessen vom Tage St. Laurentius 1536, Michaelis 1538, Freitag nach Allerheiligen 1539, Montag nach Vitus 1572 und 11. März 1602⁴⁸⁾ enthalten und ist darin

⁴⁶⁾ Distelmeyer's Entwurf Tit. 41 und Köppen's Entwurf Th. II. Tit. 21.

⁴⁷⁾ Nachdem Jlsa Dittmanns, Valentin Schröder's Wittwe, zu Vöken mit ihrem Junker Heinrich v. Stechow hierher gekommen und berichten lassen, daß sie Alters und Unvermögens halber der Haushaltung nicht mehr vorstehen könne und, obgleich sie einen Gewährsmann zu schaffen bemühet, daß sie doch keinen bekommen können, Beklagter v. Stechow sie aber gleichwohl nicht wegziehen lassen wolle; Beklagter aber dagegen auf einen Abschied vom 27. März cr. sich bezogen, vermöge dessen Klägerin auferlegt ist, in dem Hause zu bleiben oder einen Gewährsmann zu schaffen. Also lassen es die Herrn Vice-Kanzler und Kammergerichts-Räthe nochmals bei vorigem Abschiede bewenden, so daß Klägerin schuldig sich umzutun und einen Gewährsmann zu schaffen; dazu denn Beklagter mit kann helfen befördern. Erkenntniß des Kammergerichts vom 8. Dezember 1626, bei Schepplig: Consuetudines II. Tit. 28.

⁴⁸⁾ Mylius: Corp. Const. March. VI. 1. S. 36. 51. 57. 110. u. 161. Deshalb wollen wir hiermit ernstlich allen unsern Städten und Amlteuten

zugleich verordnet, daß Niemand, der in einer Stadt oder in einem fremden Dorfe wohne, in einem andern Dorf bäuerliche Grundstücke besitzen solle. In die beiden Entwürfe der Landesordnung ist Letzteres aufgenommen und lautet hier (Tit. 42 u. Th. II. Tit. 24) folgendermaßen: „Es tragen sich darob, daß der Prälaten, der Herrn und der Ritterschaft Unterthanen ihre Güter auf den Dörfern austhuen, in die Städte ziehen und die Nutzungen nach sich nehmen, oder daß die Bürger in den Städten oder die Bauern auf den Dörfern denen, so in solchen Städten oder Dörfern nicht geessen sind, Acker, Wiesen oder Gärten verpfänden oder verkaufen, allerhand Irrungen zu. Denselben zuvor zu kommen, soll kein Bürger oder Bauer seine Hüfen, Acker, Gärten oder Wiesen einem Anderen, der in derselben Stadt oder demselben Dorfe nicht wohnhaftig ist, ohne der Rätthe in den Städten oder seiner Herrschaft ausdrückliche Bewilligung pfandweise austhuen oder verkaufen. Und ob nach eines Bauers oder Bürgers Absterben etwas von solchen Gütern an Andere, die in der Stadt oder dem Dorfe nicht geessen sind, nach Erbgangsrecht fiele, sollen dieselben, wo sie sich des Orts nicht häuslich niederlassen wollen, die Güter in Jahresfrist einem andern daselbst Wohnenden zu verkaufen schuldig sein“.

Wie discretionär überhaupt die Stellung der Bauern gegenüber ihren Gutsherrschaften war, ergiebt endlich noch folgende Stelle aus den beiden Entwürfen der Landesordnung, welche ebenfalls bestehendes Recht enthielt ⁴⁹⁾ (Tit. 43 u. Th. V. Tit. 53): „Obwohl der, welcher auf einem Hofe allein die Pächte und Zinsen hat, sich daher keiner Gerechtigkeit über denselben Hof anzumaßen hat, so ist doch von Alters in unserm Lande her=

bei Vermeidung unserer ernstlichen Strafe und Ungnade befohlen haben, daß sie keinen besessenen Bauern für einen Bürger oder Unterthan einnehmen, er bringe denn von seiner Herrschaft, darunter er zuvor gewohnt hat, einen Abzugsbrief und daß er sich von ihr entbrochen habe und mit ihrem Wissen und Willen abgeschieden sei.

⁴⁹⁾ Kammergerichts-Erkenntniß vom 27. September 1605. Wann einer von Adel oder ein Anderer auf einem Bauerhofe Pächte und Zinsen zu heben hat, ein Anderer aber hätte auf demselben Hofe die Gerichte, daß der Pacht- und Zinsherr um die nachstehenden Pächte und Zinsen wohl pfänden mag, auch unersuchet des Gerichtsherrn. Scheplig: Consuet. I. Th. IV. Tit. 21 § 8.

gebracht, daß der Pächtherr, wann ihm zu rechter Zeit seine Pächte und Zinsen nicht gegeben werden, den Pacht- oder Zinsmann selbst darum pfehlen möge; dabei wir es auch nochmalen lassen". Es war also der Ritterschaft eine Selbsthülfe und ein Executionsrecht in eigener Angelegenheit mit Umgehung der ordentlichen Gerichte eingeräumt, und erscheint dieses erst in seiner vollen Bedeutung, wenn man die Schwerfälligkeit des damaligen Kammergerichts, bei welchem die Bauern sich beschweren konnten, die Entfernung der Bauern von seinem Sitze, die oben erwähnte Erschwerung der Beschreitung des Rechtsweges und die Strafen für den Fall des Unterliegens in Betracht zieht.

Dies war im Ganzen die Stellung der Bauern zu Ende des 16. Jahrhunderts.

Im Principe wurde anerkannt, daß sie Eigenthum an ihren Stellen hätten und daß sie persönlich freie Leute seien. Aber ihr Eigenthumsrecht war in seinem Wesen erschüttert durch den Grundsatz des Obereigenthums ihrer Herrschaften. Sie mußten von den Höfen weichen, wenn diese sie zur eigenen Wohnung erforderten, sie durften sie ohne deren Genehmigung nicht mit Schulden belasten, sie konnten davon vertrieben werden, sobald eine Widersetzlichkeit gegen die Gutsherrschaft den Grund zu einer Relegation bot, sie durften sie nicht an Städter oder Bauern, welche in andern Orten wohnten, veräußern, ja ein Theil ihres Grundbesitzes war für reine Zeitpächtländer oder leihfiskale Besetzungen erklärt. Ihre persönliche Freiheit aber war nicht weniger eingeschränkt durch die Idee, in den Rittergutsbesitzern ihre Dienstherrn und Lokalobrigkeiten zu sehen. Die Bauern durften ihre Stellen nicht verlassen, ohne einen Gewährsmann für ihre Dienste zu stellen, durften sich nirgends niederlassen, bevor ihnen der Abzug bewilligt war, mußten die Dienste für die Herrschaft auf ihren Ritterhöfen zu jeder Zeit oder an den festgesetzten Frohndetagen leisten und ihre Kinder zu Gefindedienst offeriren. Die Gutsherren konnten sie selbst erequiren, wenn sie lässig mit den Diensten oder Leistungen waren, und die Beschwerde hierüber war an eine besondere Erlaubniß des Landesherrn gebunden, auch sollten sie mit Gefängniß bestraft werden, wenn ihre Klagen unbegründet befunden würden. Es fehlte also nur wenig, um ihren ganzen Besitz für leihfiskalisch oder Zeitpacht und sie selbst für Leibeigene oder Unfreie zu erklären.

Nun aber trat der dreißigjährige Krieg ein. Die unglückliche Idee, neutral zu bleiben, brachte es dahin, daß Feind und Freund nicht zu unterscheiden war und Beide sich berechtigt hielten, mit gleicher Rücksichtslosigkeit das Land zu plündern. Die alten Klagen und Seufzer sollen nicht wiederholt werden, aber daß der Untergang des früheren Bauernstandes hierdurch seinen Abschluß erhielt, kann keinem Zweifel unterliegen. Wären friedliche Zeiten geblieben, hätte vielleicht ein Halt in der Gesetzgebung eintreten können. Waren doch alle Belastungen und Einschränkungen der Bauern nur in einzelnen Sätzen, wie es die Gelegenheit oder oft ein einzelner Fall empfohlen hatte, der Ritterschaft bewilligt worden. Ließ sich nicht immer wieder an den nie aufgegebenen Grundsatz anknüpfen, daß ihnen das Eigenthum an ihren Stellen gebühre und sie persönlich freie Leute seien? Sie bildeten noch starke Gemeinden und die Dörfer waren dicht mit ihnen besetzt; sollten sie nicht die Kraft gefunden haben, sich wieder empor zu heben? — In dem wüsten Kriege ging die letzte Hoffnung hierauf verloren. Wem das Stroh vom Dache zur Streu genommen, das Haus zum Wachtfeuer niedergelassen, das Vieh aus dem Stalle zur Verpflegung der fremden Heere gezogen und die Saat noch grün zum Futter für ihre Rosse geschnitten war, wie sollte der sich auf seiner Stelle halten? Wenn dies aber von Jahr zu Jahr wiederholt wurde, wenn die ersten Versuche, den Schaden auszubessern und die Cultur wieder zu beginnen, nur dazu führten, die herumstreifenden Fourageure auf sich zu locken und eine neue Plünderung zu erdulden, wie sollten da die schutzlosen Bauern ausdauern? Sie irrten obdachlos im Lande umher und raubten sich mit den Kriegern um die letzten Reste ihrer Habe, denn Bauern und Soldaten waren ausgemachte Feinde. Wer dabei nicht erschlagen wurde, verkrümmerte in der langen Reihe dieser wilden Jahre oder zog schließlich wohl selbst als abenteuernder Krieger mit den fremden Heeren in die weite Welt, um niemals die Heimath wieder zu sehen. Die Klage nach dem dreißigjährigen Kriege, daß die Dörfer wüst seien, ist buchstäblich zu nehmen. Ländereien und Aecker lagen überall unbestellt und für jeden Occupanten frei, denn die Besitzer waren längst verschollen und verschwunden. Der frühere Bauernstand war so gut wie ausgestorben, und nun trat auch die alte Entwicklung der Verhältnisse wieder

ein, wie sie sich bei früheren ähnlichen Verheerungen auch schon gezeigt hatte.

Den großen Grundbesitzern war es leichter gewesen, ihre Person in Sicherheit zu bringen. Sie besaßen einigen Credit und erholten sich verhältnißmäßig schnell. Sie setzten auch wohl Bauern in den Dörfern wieder ein, aber nur soweit es ihnen genehm war; nicht um dem Staate nützliche Unterthanen zu erhalten, sondern um den frohuhenden Arbeiter für ihre Privatländereien wieder zu haben. Wer wollte diese mit den alten Bauern vergleichen und das alte Recht auf sie anwenden? Seit dieser Zeit war der laßitische Besitz der Bauern die Regel in der Mark Brandenburg und als Ausnahme galt, wenn den Bauern in einzelnen Gegenden, wo der Zufall sich günstiger gezeigt hatte, ein besseres Recht an ihren Stellen gewahrt worden war.

Seit dieser Zeit begegnen wir auch in der Mark Brandenburg einer wirklichen Leibeigenschaft. Zuerst forderte diese die Ritterschaft in einer Vorstellung an den Kurfürsten vom 11. April 1643, worin es heißt: „Obgleich Prälaten, Herrn und Ritterschaft des Uckermärkischen, Stolpeischen, Arnswaldischen, Dramburgischen und Schievelbeinischen Kreises von Alters die Leibeigenschaft über ihre Unterthanen und deren Kinder gehabt, unterstehen sich Etliche dem entgegen, ehe sie sich der Subjection bei ihren Junkern los gemacht, in die Ämter und Städte zu ziehen: Also bitten wir unterthänigst Euer kurfürstlich Durchlaucht wolle an dero Ämter und an die Städte Befehl ergehen lassen, daß sie keinen, er komme wo er wolle, zum Unterthan, Bürger oder Diener annehmen, oder wo es schon geschehen, seinen Junkern wieder abfolgen lassen“. Zehn Jahre schwankte der Kurfürst über eine Entscheidung und dies ist kein gering anzuschlagendes Zeugniß in der Sache. Endlich erfolgte im Landtagsrezeß vom 26. Juli 1653 der Bescheid dahin, „daß die Leibeigenschaft in den Orten, wo sie introducirt und gebräuchlich sei, verbleiben solle. Würde Jemand dawider possessionem oder praescriptionem libertatis opponiren, so solle dazu nicht allein diuturnitas temporis, sondern auch bona fides, titulus, vel scientia et patientia domini requirirt werden, und auch solches salvis exceptionibus et imprimis iis, quas tempora belli suppeditant“. Es war dies Auerkennniß der Leibeigenschaft

also von der Voraussetzung abhängig gemacht, daß sie in den bezeichneten Kreisen wirklich von Alters her zu Recht bestanden habe. Obgleich wir dies keinesweges als richtig anerkennen können und auch nicht das Geringste darüber aufzufinden ist, daß die Ritterschaft der Uckermark und der bezeichneten, hinteren neumärkischen Kreise einen Beweis hierüber beigebracht hätte, obgleich sogar jener alte Spruch des Pippold von Bredow und der uckermärkischen Richter von 1383 das Gegentheil bezeugt, so ist doch von jener Zeit ab die Leibeigenschaft in diesen Theilen der Mark stets als das zu Recht bestehende Verhältniß des Bauernstandes betrachtet worden.

Ueberhaupt kam von jetzt ab die Lehre auf, daß es für die Mark kein einheitliches Bauernrecht gebe. Spuren hiervon lassen sich bei der Redaction der Entwürfe für die Landesordnung unter Johann George schon bemerken, doch traten diese ganz zurück hinter die bunte Mannigfaltigkeit, welche jetzt durch unzählige Prozesse und Vergleiche für die einzelnen Kreise, Ämter oder Ortlichkeiten ausgebildet wurde. Nur drei größere Bezirke lassen sich etwa noch unterscheiden, in welchen einigermaßen eine gleichmäßige Entwicklung stattfand, der der Altmark nebst der Priegnitz, der der Mittelmark nebst Beskow und Starckow und der der Neumark mit den incorporirten Kreisen Crossen, Züllichau und Cottbus. Jedoch wurden die Grenzen derselben nicht genau innegehalten und es griffen in ihnen selbst wieder vielerlei Abweichungen und Ausnahmen Platz.

Eine bisher unbekannte Rechtshandschrift.

Beschrieben

von

Herrn Professor Dr. Paul Laband in Straßburg.

Durch Vermittelung meines verehrten Freundes, des Herrn Prof. Stobbe, ist mir eine, dem Magistrat des Städtchens Slupce im Königreich Polen gehörige Papier-Handschrift behufs Feststellung ihres Inhaltes zugegangen, welche in dem Homeyerschen Verzeichnisse fehlt, und auch sonst, soviel mir bekannt ist, in der deutschen Literatur nirgends erwähnt wird. Sie enthält